

garamto

Das Magazin der Gewerkschaft
des Zollpersonals

Le magazine du syndicat du
personnel de la douane

La rivista del sindacato del
personale delle dogane

Nr. 2 | 26. Mai 2023

Partner auf Augenhöhe

Was uns die Zollreformen bei
den Nachbarländern lehren

Partenaires
d'égal à égal

Ce que nous enseignent les réfor-
mes douanières des pays voisins

Partner a tutti
gli effetti

Cosa ci insegnano le riforme
della dogana nei paesi limitrofi



Bern-Innerschweiz

Die Sektion Bern-Innerschweiz hielt am 16. März ihre Versammlung im Restaurant Kreuz in Bern. Die Traktanden waren nebst den regulären Punkten auf die Aufnahme zweier Vorstandsmittglieder fokussiert. Der langjährige Kassierer und Beisitzer Martin Stettler hat demissioniert. Neu in den Vorstand wurden Martina Novoselec und Sarah Grieder gewählt. Angelo Ries wurde als Präsident einstimmig wiedergewählt. Den Vorstand komplett machen Rina Cano und Renato Hänzi. Der Präsident vermeldete, dass er im 2024 den Vorstand verlässt und bereits 2023 die internen Sektionsgeschäfte seinem Vize überträgt. Angelo Ries wird die verbleibende Zeit nutzen, die anstehenden offenen Geschäfte im Zentralvorstand und im Garanto-Präsidium bis zum Kongress zu erledigen.

Angelo Ries

Rhein

Die Sektion Rhein hielt am 20. Februar ihre Generalversammlung. Nebst Zentralsekretärin Heidi Rebsamen war auch Ständeratskandidatin Barbara Gysi zu Gast.

Aktuarin Jolanda Schmitz verlässt den Vorstand. Sie trat nach 17 Jahren zurück. Ihr Amt übernimmt René Röthlisberger. Der restliche Vorstand wurde gesamthaft bestätigt.

Redaktion

Ticino

L'assemblea generale si è svolta il 25 marzo, in presenza della presidente di Garanto Sarah Wyss e la segretaria centrale Heidi Rebsamen. Il comitato è stato confermato in toto. Il presidente della sezione Roberto Messina ha lanciato un appello ai soci ad assumere un incarico nel comitato.

Redaktion

PENSIONIERTE

Nordwestschweiz

Einladung zum Jahresausflug. Der Tagesausflug der Pensioniertengruppe NWS findet am Dienstag, 20. Juni 2023 statt. Abfahrt um 8.00 Uhr in Basel, Busparkplatz Gartenstrasse. Die Reise mit dem Sägessercar führt dem Rhein entlang zum Kaffeehalt in Rafz. Anschliessend fahren wir zum Rorschacherberg ob dem Bodensee zum Mittagessen im Hotel Rebstock. Die Rückreise erfolgt auf mehr oder weniger direktem Weg mit einem Zwischenhalt in Gipf-Oberfrick.

Kosten: Reiseкар und Mittagessen pro Person Fr. 75.– (ohne Getränke). Bitte Unkostenbeitrag in einem Briefumschlag mit Namen bereithalten und im Car dem Kassier abgeben.

Anmeldung: umgehend senden an Willy Schmutz, in den Neumatten 6, 4125 Riehen oder per e-mail an willy.schmutz@sunrise.ch (ausnahmsweise auch Tel. 061 601 54 60)

Walter Kräutli

Rhein

Jahresversammlung vom 09. März 2023

Obmann Roland Zindel begrüsst 43 Mitglieder zur Jahresversammlung 2023 der Pensioniertengruppe Rhein (PGR). Einen speziellen Willkommensgruss richtete er an Gabriel Alig, der mit seinen 98 Jahren immer noch aktiv am Geschehen der Pensionierten teilnimmt und letztes Jahr sogar ein Buch über seine Lebenserinnerungen als Grenzwächter geschrieben und herausgegeben hat.

Das Jahresprogramm der PGR startet mit dem Frühlingstreff in Glarus, zur Sommerfahrt geht's ins «Schaffhausische», und für den Herbsttreff wird Richard Pfeiffer eine Idee im Engadin umsetzen. Die ausgearbeiteten und zum eingehenden Studium zugestellten Richtlinien der PGR wurden ohne Diskussion durch die Versammlung abgesegnet. Sie ermöglichen eine strukturierte Arbeitsweise, um eine Kontinuität und Gleichbehandlung zu gewährleisten.

Mathias Müller, als Gast und Vertreter der Sektion Rhein, schilderte mit interessanten Worten seine Situation der täglichen Arbeitsweise der Aktiven. Roland Zindel verdankte diesen interessanten Einblick in den Alltag der Zollangestellten mit einem Präsent aus dem Glarnerland.

Hansruedi Vetsch

Schaffhausen

Generalversammlung vom 21. März 2023. Die Zollmusik Schaffhausen eröffnete um 14 Uhr im Restaurant zum alten Schützenhaus in Schaffhausen die diesjährige Generalversammlung. Obmann Matthias Rahm konnte 16 Mitglieder begrüßen. Speziell willkommen hiess er er Jan Brodmann, Präsident der Aktiv-Sektion.

Matthias Rahm gab die Mutationen bekannt: Je 1 Zuzug und Austritt, 6 Todesfälle. Die Anwesenden gedachten zu Ehren der Verstorbenen mit einer Schweigeminute. Die Pensioniertengruppe Schaffhausen zählt jetzt 91 Mitglieder.

In seinem Jahresbericht liess der Obmann die Tätigkeiten nochmals aufleben. Danach erläuterte Kassier Alex Kieliger die Jahresrechnung, die mit einem Verlust von Fr. 7.85 abschliesst. Der Vorstand wurde einstimmig bestätigt; ebenfalls André Wenker als Rechnungsrevisor. Der Versammlung beschloss einstimmig einen Tagesausflug in den Schwarzwald mit längerem Aufenthalt in Breisach am Rhein. Die Reise findet am 20. Juni 2023 statt. Am 4. Juli 2023 lädt der Vorstand zur Besichtigung des IWC-Museums in Schaffhausen ein, mit anschliessendem gemeinsamem Mittagessen.

Jan Brodmann informierte über die neuen Richtlinien der Pensionierten-Gruppe garaNto-Sektion reNo. Diese treten nach der Fusionierung der beiden garaNto-Sektionen Schaffhausen und Zürich zur neuen Sektion reNo in Kraft. Nach aktiver Diskussion wurden die Richtlinien von den Anwesenden in einer Konsultativ-Abstimmung mit grossem Mehr angenommen. Mit dem Hinweis, dass immer am ersten Dienstag im Monat das Treffen der pensionierten Kollegen im Restaurant zum alten Schützenhaus in Schaffhausen stattfindet, schliesst Obmann Matthias Rahm die Jahresversammlung um 15.30 Uhr.

Kurt Ammann

REPORTAGE 4-9

Es geht nichts über das gute Zusammenspiel der Kräfte

Drei Nachbarländer haben grosse Umwälzungen im Zoll erlebt

Lebhafte Diskussion über die Sorgen des Personals

Delegiertenversammlung mit den drei Gästen aus den Nachbarländern

GEWERKSCHAFTSPOLITIK 10

AG Hofmann ist auf Garanto zugewandert

Der Zentralvorstand besprach die neue Situation in den Verhandlungen

Frauenstreik

Eine Arbeitsgruppe diskutiert mit euch Forderungen an das BAZG

PORTRAIT 11

«Machen wir das Beste draus!»

Gaby Münger im Interview

PENSIONS-KASSEN 12

Referendum BVG-Reform: Jetzt unterschreiben!

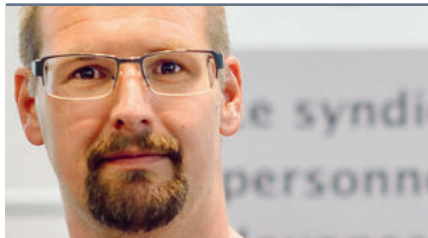
BUNDESPOLITIK 12

Das Zollgesetz ist einen Schritt weitergekommen

RECHT 13

Überbrückungsrente bei einer frühzeitigen Pensionierung

MIX | KUMMERBOX 34/35



Gründungsversammlung reNo

Am 30. Juni wird die Fusion der Sektionen Schaffhausen und Zürich Wirklichkeit

REPORTAGE 14-19

Rien ne vaut le jeu collectif de toutes les forces en présence

Le personnel douanier des trois pays voisins a vécu des bouleversements

Débat animé sur les soucis du personnel



L'assemblée des délégués avec les trois invités des pays voisins

POLITIQUE SYNDICALE 20

Le groupe de travail Hofmann a cherché le dialogue

Le comité central a discuté de la nouvelle situation dans les négociations

Grève féministe

Un groupe de travail veut discuter avec vous les demandes à l'OFDF

PORTRAIT 21

«Tirons-en le meilleur!»

Interview de Gaby Münger

CAISSE DE RETRAITE 22

Référendum contre la réforme de la LPP: signez maintenant!

PALAIS FÉDÉRAL 22

La CER entre en matière sur la loi sur les douanes

DROITS 23

Rente-pont en cas de retraite anticipée

DIVERS | BOÎTE À SOUCIS 34/35

REPORTAGE 24-29

Il dialogo porta sempre le migliori soluzioni

Il personale doganale dei Paesi limitrofi ha affrontato massicce riforme

Le preoccupazioni del personale tengono banco

Tre ospiti dei sindacati dei Paesi limitrofi hanno parlato all'assemblea dei delegati

POLITICA SINDACALE 30

Il gruppo di lavoro Hofmann va incontro a Garanto

Il comitato centrale ha discusso in particolare le disposizioni transitorie

Sciopero femminista

Un gruppo di lavoro discute con voi le proposte all'attenzione dell'UDSC

RITRATTO 31



«Traiamone il meglio»

Gaby Münger nell'intervista

CASSE PENSIONI 32

Referendum per la riforma LPP: firmate subito!

POLITICA FEDERALE 32

La CET entra nel merito della legge sulle dogane

DIRITTI 33

La rendita transitoria in caso di pensionamento anticipato

VARIE | CASSETTA DEI CRUCCI 34/35



Sarah Wyss zusammen mit (v.l.) Friedrich Mannsberger, Wolfgang Kailer und Manuela Donà

© Bild: Riccardo Turla

Es geht nichts über das gute Zusammenspiel aller Kräfte

In Deutschland, Österreich und ganz besonders in Frankreich musste das Zollpersonal in den letzten 20 Jahren massive Umwälzungen über sich ergehen lassen. Die Lehre aus den Nachbarländern ist: Nichts ist wichtiger als der Dialog auf Augenhöhe zwischen Gewerkschaften, Anspruchsgruppen und Staat – wenn nötig, muss man ihn erzwingen.

Text: Riccardo Turla, Redaktion

An der jüngsten Garanto-Delegiertenversammlung vom 5. Mai in Olten waren drei wichtige Vertreter der Gewerkschaften unserer Nachbarländer zu Gast. Manuela Donà, Generalsekretärin der französischen CGT, Wolfgang Kailer, Zollbeamter sowie Gewerkschaftsvertreter des deutschen BZD und Fritz Mannsberger, Vorsitzender der Bundesfachgruppe Zoll Österreichs haben aus ihrer Perspektive die Heraus-

forderungen für die Gewerkschaften aus erster Hand geschildert. Sie gaben Garanto fürs Magazin Auskunft und berichteten von ihren Erfahrungen. Was die drei Nachbarländer insbesondere gemeinsam haben, ist ihre EU-Mitgliedschaft. Die zu bewachenden Aussengrenzen haben sich zunächst 1995 und dann noch einmal 2004 mit der Erweiterung der EU auf zehn osteuropäische Staaten verschoben. Die

drei Nachbarländer haben einzig mit der Schweiz eine Aussengrenze, zudem Österreich mit Liechtenstein und Frankreich seit dem Brexit mit Grossbritannien. Die Zollverwaltungen dieser Länder passten sich ruckartig und nicht ohne Schmerzen an die neuen Realitäten an. Das erste kleine Erdbeben bedeutete, dass das EU-Recht die regelmässigen Kontrollen an der Grenze de facto nicht

mehr erlaubte. Sowohl 1995 als auch 2004 mussten viele Grenzwächter entweder umsiedeln, neue Aufgaben in einem neuen Berufsprofil übernehmen oder aber den Weg zur Polizei suchen.

Besonderheit Beamtenstatus

Auch ein besonderer Unterschied zur Schweiz ist, dass diese drei Länder noch den Beamtenstatus kennen. Das heisst einerseits, dass die Staatsangestellten auf Lebzeiten Beamte und somit unkündbar sind. Andererseits hat der Staat die Verfügungsmacht, Beamte dorthin umplatzieren zu lassen, wo er denkt, dass er sie braucht. Im Fall Deutschlands und Frankreichs könnte dies bedeuten, dass jemand über Hunderte Kilometer von einem Ende des weiten Landesgebiets ans andere Ende beordert würde.

In Österreich hat man 2001 beschlossen, beim Zoll den Beamtenstatus abzuschaffen. Die bestehenden Beamten sollten den Status jedoch bis zu ihrer Pensionierung behalten. Alle neuen Staatsangestellte wurden seitdem unter dem gängigen Arbeitsrecht eingestellt. Die letzten Beamten werden somit in rund 20 Jahren in Pension gehen.

Die Lehre: Dialog führt immer zu den besten Lösungen

In allen drei Ländern lässt sich zusammenfassend Folgendes feststellen: Alle Lösungen, die der Staat und die Gewerkschaften zusammen erarbeitet haben, haben sich bewährt. Während in Frankreich viele verschiedene Gewerkschaften zusammenspannten und auch Politik und Wirtschaft miteinbeziehen konnten, durften Deutschland und Österreich teilweise auf die Unterstützung der Polizeigewerkschaften zählen. Zudem konnten die beiden deutschsprachigen Länder auf einen Staat bauen, der sich nie zu schade war, auf Entschiede zurückzukommen und Massnahmen zum Wohl aller zu korrigieren. Letztlich erkannten sie, dass die Erfahrung und die Motivation des Personals der Zollverwaltung entscheidend war für ein gutes Gelingen ihrer Reformen. Die nächsten vier Seiten zeigen die vielen Parallelen zwischen den drei Ländern und der Schweiz auf: Digitalisierung, Einbezug des Personals, soziale Partnerschaft und andere.

Lebhafte Diskussion über die Sorgen des Personals

Delegiertenversammlung von Garanto vom 5. Mai

Text: Riccardo Turla, Redaktion



Präsidium und Zentralvorstand lauschten an der DV gespannt den Ausführungen von BAZG-Vizedirektorin Isabella Emmenegger

An der Delegiertenversammlung von Garanto am 5. Mai in Olten standen die Reden der drei Gewerkschaftsvertreter aus den Nachbarländern im Zentrum. In Anwesenheit der Gäste vom BAZG, allen voran die stellvertretende Direktorin Isabella Emmenegger, flankiert von Christine Balmer (Personalchefin) und Caroline Wälti (Leiterin Kommunikation), nahmen einige Delegierte anerkennend Stellung. Sie äusserten ihren Wunsch, dass das Personal mehr einbezogen werden soll. Dies ist nämlich, wie die drei Referenten Wolfgang Kailer, Manuela Donà und Friedrich Mannsberger ausgeführt hatten, entscheidend für das gute Gelingen einer Transformation. Ein Schlusswort hielt Isabella Emmenegger.

Zwei neue Mitglieder des Zentralvorstands gewählt

Die Sektionen Schaffhausen und Romandie stellten den Delegierten im statuarischen Teil ihre Anträge vor. Der Antrag aus Schaffhausen zielte auf Sparmassnahmen bei den Spesen des Zentralvorstands ab. Vizepräsident Angelo Ries argumentierte, dass der ZV

dem Ansinnen bereits nachgekommen sei mit dem neuen Spesenreglement gültig ab 1.1.2021, weshalb er Ablehnung empfehle. Die Delegierten folgten der Empfehlung und durften das neue Spesenreglement noch nachträglich genehmigen.

Die Delegierten stimmten drei der vier Anträge aus der Romandie zu, jeweils mit Anpassungen. Garanto soll

- › dem BAZG den Antrag stellen, dem Personalmangel entgegenzutreten, indem er mehr Personal rekrutiert
 - › den Antrag stellen, Parkmöglichkeiten am Flughafen Genf zum Vorzugspreis zu verhandeln
 - › Fakten eheben über krankheitsbedingte Ausfälle und dann das Gespräch mit Karin Keller-Sutter suchen.
- Auf diese Delegiertenversammlung hin sind Roland Rösli, Sektion Nordwestschweiz, und Gilles Perrenoud, Sektion Romandie, aus dem Zentralvorstand zurückgetreten. Die vorgeschlagenen Nachfolger, Marc Winkler (im Januar neu gewählter Präsident der Sektion Nordwestschweiz) und Sabine Berger (Vorstandsmitglied Sektion Romandie), wurden einstimmig ins Amt bestätigt.

Frankreich: Die Gewerkschaften spannten zusammen – auch mit Politik und Wirtschaft

Frankreich erlebte einen langen Schrecken ohne Ende: Zuerst die Auflösung von vielen Zollstellen mit dem Beitritt zur EU, dann Brexit und jetzt der Transfer der Zollaufgaben in ein anderes Ministerium. Nur die Zusammenarbeit der Gewerkschaften verhinderte die schlimmsten Fehler eines grundsätzlich falsch geplanten Projekts. Der Kampf geht aber noch weiter.

Text: Riccardo Turla, Redaktion

Von den drei beschriebenen Ländern ist Frankreich dasjenige, das die Gewerkschaften in den letzten Jahren am meisten forderte. «Es ist eine Restrukturierung in Dauerschleife», fasst Manuela Donà, Generalsekretärin der CGT Douanes die Situation zusammen.

Das Scheinargument des Staates: Kosten sparen

Aber von vorne: Frankreichs Zoll erlebte seit der EU-Gründung grosse Einschnitte, insbesondere in den letzten zehn Jahren. Ab 2013 reduzierte der Staat den Personalbestand beim Zoll von 23 000 zunächst auf 15 000 Stellen. Dann kam der Brexit, und darauf noch die Attentate in Paris. Da der Zoll in der Terrorismusbekämpfung mit engagiert ist, wuchs der Personalbestand wieder ein wenig, auf heute 17 000 Stellen an. Die grössten Kämpfe folgten aber erst danach, aufgrund eines vom Staat ohne Not hervorgerufenen Problems: 2018 beschloss dieser den Transfer der steuerlichen Aufgaben des Zolls von der Zollverwaltung ins Finanzministerium. Der Vorwand: Steuern, Abgaben und Finanzen gehörten zusammen und durch die Übersiedlung dieser Aufgaben spare der Staat Personalkosten. Es sollten zunächst 700 Stellen (Stand 2022) und in den Folgejahren weitere rund 3000 Stellen abgebaut werden, weil es sie nicht mehr brauche.

«Wir konnten diesen Transfer nicht nachvollziehen», sagt Donà, «weil der Zoll die Kontrollen und die Steuereintreibungen sehr effizient abwickelte. Der Vorwand, man spare Kosten und



Manuela Donà (Dritte von rechts) spricht im Namen der Gewerkschaften mit dem Minister in seinem Kabinett – direkt nach dem Streik von 2022.

das käme der Bevölkerung zugute, war Unsinn.» Das Gegenteil wäre nämlich der Fall gewesen: Der Staat beschloss, gewisse Kontrollen ganz fallen zu lassen, was Ausfälle bei den Steuereinnahmen um mehrere Milliarden jährlich bedeutet hätte.

Grosser Mobilisierungstag

Was insbesondere irritierte, war die komplette Abwesenheit eines Sozialplans, um die Stellenverluste abzufedern. Notabene: Stellenverluste ohne Sinn und Zweck, wie die Gewerkschaften argumentierten. Alle Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Staat schienen zu scheitern. Der Höhepunkt der gewerkschaftlichen Proteste war ein Streik am 10. März 2022. «Das war der grösste Mobilisierungstag des

Zolls seit sehr langer Zeit. Und nach diesem Tag hat uns das Finanzministerium endlich empfangen und uns gesagt, dass es sich für einen erfolgreichen Abschluss dieser Verhandlungen einsetzen werde. Unsere Minister haben Horror davor, dass die Zollbeamten auf die Strasse gehen.», so Donà.

So gesehen führte der Streik zum Durchbruch. Donà: «Der Minister unterbreitete uns einige Vorschläge. Wir haben die Verhandlungsrunde daraufhin mit unserer Generaldirektion abgeschlossen. Es gab also einige Fortschritte für die Kollegen, auch wenn wir immer noch gegen die Übertragung der Steueraufgaben sind. Der Staat ist übrigens gerade dabei, den Transfer mancher Aufgaben rückgängig zu machen.»

Erdölsteuer: Der Staat befahl, was niemand wollte

Donà erklärt am Beispiel der Energiesteuern, dass die Zöllner direkt in den Raffinerien tätig waren, wo sie die Steuern für Öl- und Gas-Importe Hand in Hand mit den Betrieben vor Ort erhoben. Der Staat wollte diese Tätigkeit komplett streichen, um Personal zu sparen. «Wir konnten das nicht verstehen. Wir wendeten uns an die Ölgesellschaften. Diese sind nicht immer unsere Freunde, aber sogar sie haben uns unterstützt: Sie wollten, dass diese Aufgabe beim Zoll bleibt, auch weil wir Tag und Nacht präsent sein können.», erklärt Donà. «Die Einnahmen daraus gingen zum Teil an den Staat und zum Teil an die Regionen. Letztere unterstützten unsere Forderung auch, denn sie machten sich Sorgen, dass den betroffenen Arrondissements Départements massive Steuereinnahmen entgehen würden.»

Der Staat blieb angesichts dieser Argumente immer noch eine Erklärung schuldig, warum sich der Transfer der Zollaufgaben ins Finanzdepartement überhaupt rechnen sollte. Donà stellt fest: «Die Reorganisation scheint unproduktiv und unverständlich zu sein. Hier glaube ich, machen die Entscheidungsträger den Fehler: Wenn sie die Massnahme nicht rechtfertigen können, liegt das wohl genau daran, dass sie auch nicht zu rechtfertigen ist.»

Wofür braucht es den Zoll?

Das Grundproblem von Frankreichs Zoll war ein existenzielles geworden: «2019 mussten wir anfangen, über die Rolle des Zollbeamten aufzuklären: Was ist die Aufgabe und der Auftrag des Zöllners.» Angesichts der wegfallenden Grenzen für die Wirtschaft – bis auf jene zur Schweiz – ist der Öffentlichkeit nicht klar, wofür es Zöllner überhaupt noch braucht. «Beamten in Frankreich wird sehr oft ein schlechtes Gewissen gemacht. Man macht uns klar, dass wir den Staat viel Geld kosten. Wir sollen jede Veränderung diskussionslos akzeptieren und uns glücklich schätzen, dass wir einen sicheren Job haben.»

Darum war den Gewerkschaften klar: Ohne Aufklärungsarbeit läuft nichts. Man musste die Fakten allen zugänglich machen – auch den Abgeordneten:

Wie in der Schweiz kennt sich auch in Frankreich kaum ein Mitglied des Parlaments in Sachen Zoll aus – nicht einmal jene aus den Wahlkreisen der direkt betroffenen Grenzregionen.

Der Drei-Punkte-Plan: Vereinigen, sensibilisieren, kommunizieren

Wie sollten die Gewerkschaften die Fakten auf den Tisch legen, wenn sie zudem so zersplittert sind wie in Frankreich? Die über 100-jährige CGT, selber Dachorganisation von 32 Sektionen für verschiedene Branchen, ist nur eine von sieben teils sehr unterschiedlichen Zollgewerkschaften. Die CGT vereinigt sieben Prozent des Zollpersonals unter sich. Das klingt nach wenig, ist aber immerhin ein Drittel der gewerkschaftlich organisierten Zöllner:innen: Nur rund 20 Prozent des Zollpersonals ist Mitglied in einer der sieben Gewerkschaften. Donà setzte folgende Priorität: «Wir brauchten einen gemeinsamen Forderungskatalog. Ich habe diese Idee sehr stark vorangetrieben.» So war nicht nur Einigkeit in den Absichten gewährleistet, sondern auch in der Kommunikation.

Die Vereinigung mit den anderen Gewerkschaften in den sogenannten «intersyndicales» war dann der erste Schritt dieser Sensibilisierungsarbeit. «Nicht eine einzige Organisation hat auf eine Teilnahme verzichtet, und zwar vom Anfang bis zum Schluss.» Der zweite Schritt betraf die Sensibilisierungsarbeit in den beiden Parlamentskammern, um die Aufmerksamkeit auf die schweren Mängel der geplanten Restrukturierung zu lenken. Der dritte Schritt: Die Gewerkschaften koordinierten Massnahmen und Aktionen für die Kommunikation. Dazu gehörten auch Flyer, um die Rolle und den Zweck des Zolls verständlich zu machen.

Gewerkschaften dürfen alle Angestellten anschreiben

Die Gewerkschaften haben zudem eine Möglichkeit, welche Garanto im Moment fehlt: «Wir haben eine Charta mit der Verwaltung unterzeichnet, so dass wir die Mailinglisten der Angestellten nutzen dürfen, um alle anzusprechen. Das funktioniert sehr gut, unabhängig davon, ob sie gewerkschaftlich organisiert sind oder nicht.»

So stellten alle Gewerkschaften zusammen eine Kommunikationsstrategie auf, wie sie die verschiedenen Zielgruppen erreichen konnten, um etwas zu begeben. Die inhaltliche Strategie fasst Donà folgendermassen zusammen: «Wir kommunizierten alles, was wir tun. Jedes Mal, wenn wir an die Abgeordneten, die Beamten und die Verwaltung geschrieben haben, konnten wir auch am gemeinsamen Forderungskatalog für die soziale Begleitung weiterarbeiten. Nach allen Tätigkeiten und Versammlungen schickten wir Informationen und Dokumente systematisch an alle Angestellten.»

Jeder Staatsangestellte hat zudem eine bezahlte Stunde pro Monat oder drei pro Trimester für gewerkschaftliche Information zur Verfügung. «Wir nutzen diese Zeit systematisch. Diese Informationsstunden sind besser als Mails, weil man sich direkt austauschen kann. Die Angestellten sind viel aufmerksamer, man hört uns zu. Wir lassen sie auch am Forderungskatalog teilnehmen. Die Staatsangestellten schätzen diese Gewerkschaftsstunde sehr.» Ausserdem steht die Generalversammlung der Gewerkschaft stets allen offen.

Politik und Wirtschaft erreicht

Die vom Staat verordneten Umwälzungen hätten nicht nur für die Einnahmen Folgen gehabt. Auch Teile der Wirtschaft hatten Interesse, dass die Warenkontrollen nicht geschwächt wurden. «Ein Abgeordneter trug viel zu unserer Politik bei, im Sinn des Schutzes der Wirtschaft. Aber politisch bestehen auch Interessen, zum Beispiel für den sozialen und ökologischen Schutz. Der Zoll kann seine Rolle in diesem Sinn wahrnehmen, dass Ware vom anderen Ende der Welt nicht gleich behandelt wird wie Ware aus inländischer Produktion», erklärt Donà die politischen Implikationen. «Ich arbeite mit Patrons aus der Wirtschaft zusammen, die ihre Produktion nicht ins Ausland auslagern wollen.» Donà stellt zwar fest, dass dies nicht die Rolle des Zolls ist, aber die Zusammenarbeit lege trotzdem Bedürfnisse der Wirtschaft offen, welche politisch diskutiert werden müssten. Dies, weil es nicht angehe, dass eine Regierung einen populistischen Entscheid fällt, der niemandem etwas bringt.

Die Digitalisierung bereitete dem deutschen Zoll Freude

Eine effektive Partnerschaft zwischen Staat und Gewerkschaften führte in Deutschland zu einer aussergewöhnlich geschmeidigen Reform. Eine gut umgesetzte Digitalisierung empfanden die Zollmitarbeitenden als Gewinn. Ausserdem korrigierte der Staat immer wieder gewisse Entscheidungen zugunsten des Wohlbefindens seiner Beamten, was sich auch für den Arbeitgeber selbst regelmässig auszahlte.

Text: Riccardo Turla, Redaktion

In unserem nördlichen Nachbarland stechen zwei Merkmale ganz besonders hervor: Der Staat nimmt die Einwände der Gewerkschaften sehr ernst und die Digitalisierung schreitet sehr gut voran.

Die erste Besonderheit sieht die Gewerkschaft BDZ als erfolgreiche Kompromiss-Macherin beim Staat. Dabei setzt sie die Interessen der Einzelnen gut ein und erreicht oft Korrekturen, die letztlich allen Seiten zugutekommen.

Staat nahm das Personal ernst

Als der Staat beschloss, die ehemals fünf Bundesfinanzdirektionen mit 7800 Beschäftigten auf das Jahr 2016 hin zentral in Köln/Bonn zur neuen Generalzolldirektion zusammenzulegen, intervenierte der BDZ. Der Staat liess sich darauf ein, die Generalzolldirektion stattdessen auf neun Direktionen zu verteilen. Diese Kurskorrektur sah nur Gewinner: Die Beamten mussten nicht umziehen (oder eine neue Stelle suchen) und die Generalzolldirektion war durch diese sanfte Variante vom ersten Tag an voll handlungsfähig. «Wir achten auf diese Aspekte als Gewerkschaft. Gottseidank sind wir bei der Verwaltung auf offene Ohren gestossen. Wir brauchen hochmotiviertes Personal.», betont BDZ-Gewerkschaftsvertreter Wolfgang Kailer.



Wolfgang Kailer sprach an der Delegiertenversammlung von Garanto

Dennoch war der Umbau des Deutschen Zolls massiv: «Die Hauptzollämter wurden im Zuge der Osterweiterung der EU von 120 auf 41 reduziert. Uns ist es gelungen, diesen Abbau überwiegend sozialverträglich zu gestalten.», sagt Kailer. Dabei sprach sich der BDZ für einen Sozialmassnahmenkatalog aus, «damit die Situation des Familienvaters stärker berücksichtigt wurde als die eines Neuestellten. Bis auf ganz wenige Ausnahmen arbeiten nun alle dort, wo sie wollten.» Teils geschah dies auch

aufgrund natürlicher Fluktuationen, weil manche nur vorübergehend wechseln mussten und nach kurzer Zeit an ihre alten Stellen und Funktionen zurückkehren konnten, weil diese wieder frei wurden. «Ich sagte der Verwaltung: Nehmt euch die Zeit, mit den Beschäftigten zu reden und schaut, welche Massnahmen getroffen werden können. Dem BFM war es deshalb ganz wichtig, die Gesetze in einem Zeitfenster von ein bis zwei Jahren umzusetzen, um sozialverträglich vorzugehen. Damit hatten die örtlichen Dienststellen einen Spielraum. Viele Probleme erledigten sich dann wie beschrieben auf der Zeitschiene.»

Ein typisches Beispiel hierfür ist die Grenzöffnung zu Polen und Tschechien im Jahr 2004, die zum Wegfall von über 1000 Stellen führte. «Wir haben es geschafft, mit Kompensationsmassnahmen für fast 1000 Beschäftigte Anschlusslösungen zu finden. Wir konnten den einzelnen Beschäftigten Folgendes anbieten: Die gleiche Tätigkeit, aber vielleicht Hunderte Kilometer weg vom jetzigen Standort, oder der gleiche Standort, aber mit einer neuen Tätigkeit.»

Der Staat kam also insbesondere langjährigen Beschäftigten sehr entgegen. «Das war nicht so selbstverständlich», hält Kailer fest, «und kam beim Personal sehr gut an.» Es sei nicht nur im Sinne des BDZ gewesen, sondern auch der Verwaltung: «Wer gegen seinen Willen eine andere Tätigkeit oder einen anderen Arbeitsort hat, der wird die ersten Monate nicht motiviert sein, sondern die Situation beklagen. Wenn sich einer hingegen identifiziert mit seiner Arbeit, ist er ein sehr wertvoller Mitarbeiter, der über seine Pflichten hinaus mitdenkt.»

ATLAS entlastete den Zoll

Die zweite Besonderheit in Deutschland war, dass die Digitalisierung für das Personal vordergründig Zeit einsparte. Das Software-Paket ATLAS (Automatisiertes Tarif- und Zollabwicklungssystem) führt eine lernende Risikoanalyse aus. Damit sortiert die Software die nicht prüfenswerten Warensendungen aus. «Anders ginge es gar nicht», sagt Kailer. 2020 hatte Deutschland 79,8 Millionen Zollanmel-

dungen im Bereich der Einfuhr und 165 Millionen im Bereich der Ausfuhr.

Weitere 100 Millionen wären durch den Wegfall der Mehrwertsteuer-Befreiung für Waren unter 22 Euro hinzugekommen. Das Parlament wollte dem Zoll lediglich 50 zusätzliche Stellen gewähren (statt der über 1000 vorgeschlagenen). Ohne «ATLAS-IMPOST» wäre die Mehrarbeit daher nicht zu bewältigen gewesen.

Zudem hat die Digitalisierung die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert. Die Pandemie hat hier einen Prozess beschleunigt: Die Arbeit kann grundsätzlich von zu Hause aus erledigt werden. Ausserdem spart der Staat damit auch an Bürofläche.

Wenig Aufstiegschancen, aber gute Lebensqualität

Der Zoll musste in Deutschland in der Vergangenheit bereits viel Personal abgeben. Trotz aktuell steigender Einstellungszahlen ist eine Zollkarriere nicht besonders attraktiv, auch weil die Aufstiegschancen beschränkt und zudem die Löhne tiefer als die der Landes- oder Bundespolizei sind. Dafür kommt der Staat den Beschäftigten in sozialen Belangen entgegen, so gut es geht.

Auch der deutsche Zoll kennt seit kurzem die mobilen Einheiten. Wer hingegen in die Warenkontrolle wechseln wollte, bekam diese Möglichkeit. «Die Verwaltung zeigte sich dahingehend sehr grosszügig», schätzt Kailer. Schliesslich seien viele nicht bereit, die üblichen Arbeitszeiten gegen einen 24/7-Betrieb zu tauschen.

Diese vielen guten Kompromisse kamen nicht zustande, weil der Staat wegen der mässig attraktiven Arbeitsbedingungen ein schlechtes Gewissen gegenüber den Zollbeamten hat. Offensichtlich gilt der BDZ als vertrauenswürdiger, zuverlässiger Partner und Ratgeber und wird dementsprechend eng eingebunden. «Der BDZ versteht sich als sehr seriöse Gewerkschaft mit fundiertem Fachwissen. Wir erklären Entscheidungen und sind mit unserer fachlichen Expertise anerkannte Gesprächspartner», beschreibt Kailer seine Gewerkschaft. «Im Zentrum steht ein gut verhandelter Kompromiss und die Besserstellung des Mitglieds.»

Auch in Österreich kam der Staat sehr entgegen

2004 wurde die Grenzschutz in Österreich gleich ganz aufgelöst. Die Strategie des Staates und der Gewerkschaft beim Umbau setzte auf Freiwilligkeit und dem Einbezug des Personals.

Text: Riccardo Turla, Redaktion

Die Osterweiterung der EU 2004 bedeutete für Österreich den Wegfall der Grenzkontrollen fast fürs ganze Staatsgebiet. Bis auf die wenigen Kilometer Grenze mit der Schweiz und Liechtenstein sowie die Flughäfen, blieb der Zollwache kein Arbeitszweck. Die Politik entschied daraufhin, die Zollwache gleich ganz aufzulösen. Die ehemalige zweigeteilte Zollverwaltung soll einheitlich werden. «Das war eine politische Bombe», gibt Friedrich Mannsberger zu.

Freiwilligkeit war Trumpf

Österreich schaffte es, die Überführung eines Teils der Grenzschutz ins Innenministerium einigermassen glimpflich über die Bühne zu bringen. Viele ehemalige Mitglieder des rund 2200 Personen starken exekutiven «Wachekörpers», sprich Grenzwächter, wechselten mit dem Wegfall der Ostgrenzen freiwillig zur Polizei ins Innenministerium. Der andere Teil verblieb in der Zollverwaltung, die dem Finanzministerium unterstellt blieb. «Diesen exekutiven Wachekörper haben wir gewerkschaftlich gut unterstützt und vertreten, und wenn die Polizei mit ihrer starken Gewerkschaft für die Mitarbeiter etwas Gutes verhandeln konnte, konnte die Zollwache davon auch profitieren», zeigt Friedrich Mannsberger, der Vorsitzende der Bundesfachgruppe Zoll des ÖGB die Synergien mit der Polizeigewerkschaft auf. Die versetzten Angestellten bekamen zudem eine dreijährige Lohngarantie. Dies war eine speziell die Reformen der Bundesregierung unterstützende, für die ehemalige Zollwache definierte Bestimmung im Gehaltsgesetz, die sogenannte «Parkdeck-Regelung».

«Happy ist ein Mitarbeiter deswegen

noch nicht. Dieser identifiziert sich mit seinem Job, dann kommt die Reform – kaum jemand ist darob glücklich. Wir von der Personalvertretung sorgten aber dafür, dass der Dienstgeber die Mitarbeiter eingebunden, informiert, befragt und begleitet hat. Zusätzlich zu den gesetzlichen Bestimmungen haben wir auch versucht, wo notwendig, gezielte soziale Umsetzungen zu finden.» So schuf die Übergangsphase nach 2004 positive Korrekturen. Während dieser ersten Jahre lösten sich die meisten Probleme auch dank bilateralen Vereinbarungen zwischen Staat und Gewerkschaft von selbst auf. Dies, weil es in der Zwischenzeit auch gelang, neue hochwertige Arbeitsplätze für die versetzten ehemaligen Mitglieder der Zollwache zu schaffen. Zudem eröffneten sich den unzufriedenen Mitarbeitenden relativ rasch wieder Möglichkeiten, eine für sie passende Funktion an einem ihnen genehmen Ort zu finden.

Sozialpartnerschaft und Konsens

Aber diese Übergangsjahre waren für die Gewerkschaft ausserordentlich intensiv. «Natürlich mussten wir hin und wieder mit der Kette rasseln, damit die andere Seite erkannte, dass uns vielleicht auch zu Recht etwas Bestimmtes nicht passt», gibt Mannsberger zu. Aber er betont, dass in erster Linie der Weg der Sozialpartnerschaft der Königsweg war. «Wenn du sozialpartnerschaftlich ins Gespräch kommst, kannst du als Gewerkschaft weiterkommen. Wenn du nur auf die Strasse gehst, dann wird es schon viel schwieriger. Wenn eine grosse Veränderung funktionieren soll, dann muss der Staat die Mitarbeiter gewinnen. Sie müssen dahinterstehen.»

AG Hofmann ist auf Garanto zugegangen

Der Zentralvorstand diskutierte insbesondere über die Übergangsbestimmungen

Text: Riccardo Turla, Redaktion



© Bildf. Riccardo Turla

Die Sitzung des Zentralvorstands vom 4. Mai war die letzte für Roland Rössli (im Bild links vorne)

In seiner Online-Sitzung vom 24. März besprach der Zentralvorstand die Frage der Rechtsunsicherheit für die Zollfachleute mit Allegra-Schiessausbildung, die in gemischten Teams eingesetzt werden. Garanto hatte dem BAZG seine Einwände zu den 360°-Einsatzregeln übermittelt, die dazu führten, dass die Arbeitsgruppe Hofmann im März das Gespräch mit Garanto suchte.

Sicherheitsausbildung soll verbessert werden

In einer angeregten Diskussion beschloss der Zentralvorstand die Variante «Verordnung anpassen Plus»: Garanto wird der Verordnungsanpassung nur zustimmen, wenn es aktiv die Transformation mitgestalten kann, das heisst, zu allen personalrelevanten Geschäften konsultiert wird, und die Sicherheits-

ausbildung namentlich an der Waffe verbessert wird.

Diese Übergangsbestimmungen hat der Zentralvorstand auch in der zweiten Sitzung am Tag vor der DV weiterdiskutiert. Garanto hatte in der Zwischenzeit die Revision der Zollverordnung eng begleiten und so seine Punkte einbringen können. Für Garanto ist klar, dass dies Übergangsbestimmungen sind. Sollte das Zollgesetz abgelehnt werden, wäre auch diese Revision nichtig.

Leitbild verabschiedet

Weiter wählte der Zentralvorstand Iwan Wüthrich und Rafael Leu neu in die Woka.

Anlass zu Fragen gab ein Aspekt in der Jahresrechnung: Garanto muss bei seinen Anlagen bei der Bank einen Verlust verschmerzen.

Frauenstreik vom 14. Juni: Mehr Chancen für Frauen im BAZG

Garanto schliesst sich den Forderungen des Frauenstreiks vom 14. Juni 2023 an. Wir zeigen uns solidarisch mit allen Frauen in der Schweiz und wollen den Tag nutzen für ein zukunftsfähiges Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit. Denn die Chancen für Männer und Frauen sind immer noch ungleich verteilt, insbesondere bei Müttern. Eine interne Arbeitsgruppe schlägt ein Bündel von Massnahmen/Forderungen an die Direktion des BAZG vor.

Regionalkonferenzen

Wir möchten den Vorschlag breit diskutieren und ergänzen, und zwar in Regionalkonferenzen über Zoom. Diese finden an den folgenden Daten statt:

- › 30. Mai auf Deutsch
- › 31. Mai auf Französisch
- › 1. Juni auf Italienisch

Ziel ist es, einen breit abgestützten Massnahmen- und Forderungskatalog zu erarbeiten und diesen am 14. Juni feierlich zu verabschieden an einer zoom-Sitzung. Anschliessend sollen die Forderungen in Bern an die BAZG-Direktion überreicht werden. Informationen und Zugangsdaten folgen in einem Newsletter.

*Rina Cano, Zollfachfrau,
Vorstand Sektion Bern;
Carmen Pfister, Zollexpertin,
Mitglied der feministischen
Kommission des SGB;
Debora Caminada,
Zentralsekretariat;
Heidi Rebsamen,
Zentralsekretärin*

«Machen wir das Beste draus!»

Gaby Münger ist seit über 30 Jahren Grenzwächterin. Sie gehörte schweizweit zu den ersten Frauen an der Grenz wacht, und auch im Vorstand der Sektion Nordwestschweiz war sie die erste Frau.

Interview: Riccardo Turla

Gaby, wie lange bist du schon Mitglied in der Gewerkschaft?

Von Anfang an. 1990. Man bekam ein Formular vorgelegt, und es hiess: «Hier, unterschreiben!» (lacht)

Du hast danach auch Verantwortung übernommen im Vorstand der Sektion.

Ich wurde angefragt, auch weil ich eine der wenigen Frauen in der Grenz wacht war... So kommt man dazu! (lacht) Ich bin seit 2007 die Mutationsführerin im Vorstand.

Warst du die erste Grenzwächterin bei der damaligen EZV?

Nicht ganz. Dannzumal gab es die ersten Frauenklassen. Eine war die A-Klasse, und ich war in der B-Klasse. 1989 kam die erste Garde Frauen, ich war Teil der zweiten. Es waren zwei Klassen von ungefähr 20 Frauen. Wir waren insgesamt die ersten, draussen in Riehen, wo ich angefangen habe. Das war sehr interessant. Wir Frauen haben gespürt, dass wir in eine Männerdomäne eingebrochen sind. Wir haben sozusagen den Weg geebnet für die nachfolgenden Frauen. Es gab schon Männer, die das Gefühl hatten, «Hilfe, jetzt kommen die Frauen!»



© Bild: Riccardo Turla

Gaby Münger

Korporal Gaby Münger, ist gebürtige Winterthurerin und hat nach einem Austauschjahr in Amerika als junge Frau den Weg in die Grenz wacht gewählt. Sie war zunächst in Schaffhausen vorgesehen, landete aber direkt nach der Ausbildung in Riehen. Danach arbeitete sie im mobilen Posten Burg, dann in Biel-Benken, Leimental, Arlesheim, und heute am Flughafen Basel. Sie hat zwei Pferde und ist entsprechend im Pferdeverein aktiv. Gabi lebt in Känerkinden im Oberbaselbiet.

(lacht). Ich wurde aber sehr gut aufgenommen.

Hast du irgendwelche Widerstände erlebt?

Ich hatte nie Probleme gehabt: Ich konnte mich aber auch selber den Gegebenheiten immer gut anpassen. Am Anfang war die Frage lustig, weil die Frauen nicht genau informiert worden waren, ob sie Krawatte oder Foulard tragen sollen. Wir zwei Frauen sagten,

wir ziehen auch Krawatten an, wie die Männer. Wir fanden das ungerecht, sich anders als die Männer zu kleiden. Wir wollten und brauchten aber auch keine speziellen Lösungen für uns.

Wie wurde dies in deinem Umfeld aufgenommen, dass du als Frau zur Grenz wacht wolltest?

Im Umfeld wurde das sehr gut aufgenommen. Mein Vater hatte mich ja sogar dazu ermuntert, es bei der Grenz wacht zu versuchen.

Ist Gleichstellung ein Thema in der Grenz wacht oder beim BAZG?

Es ist kein Problem. Im Verlauf der Jahre pendelte sich das gut ein. Das Wichtigste ist, gleichberechtigt zu sein: Gleiche Arbeit wie die Männer, gleiche Behandlung. Ich habe das Gefühl, da gibt es keine Probleme.

Welches waren bisher die spannendsten Zeiten im Beruf?

In der mobilen Einheit! Das war sehr interessant. In den ersten Jahren war vieles noch sehr interessant: Es läuft immer etwas, es gibt viel Abwechslung.

Was war die spannendste Zeit aus gewerkschaftlicher Sicht?

Früher machte in der Gewerkschaft jeder mit. Es war einfacher, die Leute abzuholen. Es gehörte zum guten Ton, zur Gewerkschaft zu gehören. Das gefiel mir besser. Die Generalversammlungen unserer Sektion waren auch voll besucht, mit über 100 Anwesenden.

Was gefällt dir besonders?

Mit den Kollegen zusammenzuarbeiten. Und es wird nie langweilig. Es ist spannend. Es läuft immer etwas. Du musst flexibel sein und dich immer wieder auf etwas Neues einstellen. Jeder Fall ist halt anders. Es ist ein spannender Beruf.

Welche Erwartungen hast du für die Zukunft beim BAZG?

Ich hoffe, dass es gleich wie jetzt bleibt, dass es spannend bleibt. Die Digitalisierung geht einen Schritt weiter. Aber ich bin doch recht optimistisch. Es gibt Vor- und Nachteile bei der Transformation – wir müssen sie halt mal durchmachen. Machen wir das Beste draus!

BVG-Reform: Jetzt unterschreiben!

Ein breites Bündnis hat das Referendum zur BVG-Reform lanciert

Die vom Parlament verabschiedete Pensionskassen-Reform («BVG 21») führt zu Rentenverlusten von bis zu 3240 Franken im Jahr. Dies, obschon die Renten aus den Pensionskassen schon seit Jahren dramatisch sinken. Ausgerechnet Arbeitnehmende mit tiefen und mittleren Löhnen müssten mit der BVG 21 nun viel mehr bezahlen – für insgesamt weniger Rente. Und die Frauen, die letzten Winter die Erhöhung des Rentenalters schlucken mussten, sollen noch ein zweites Mal bezahlen: Statt bessere gibt es schlechtere Renten für eine Mehrheit der Frauen. Deshalb hat das breite Bündnis gegen Rentenabbau am 31. März die Unterschriftensammlung gegen die Pensionskassen-Reform lanciert.

Dem Magazin ist ein Unterschriftenbogen beigelegt. Jetzt unterschreiben!

13. AHV kommt nächstes Jahr an die Urne

Über die Volksinitiative der Gewerkschaften für eine 13. AHV-Rente wird

DIE WORTE DER PRÄSIDENTIN

Eine Altersvorsorge für alle – die Revision des BVG ist gescheitert

Die Reform der Zweiten Säule (BVG) verfolgte drei klare Ziele: Die Renten zu garantieren, die Finanzierung zu sichern und die Pensionskassen-Renten der Frauen zu verbessern. Vom Sozialpartner-Kompromiss und den Versprechungen bei der AHV21 ist nicht mehr viel übriggeblieben. Die heute angenommene BVG-Reform führt zu Rentenverlusten für mittlere Einkommen und zu höheren Lohnab-

zügen ohne wirkliche Verbesserung für tiefere Einkommen. Die Kompensation für die Übergangsgeneration ist ungenügend. Hinzu kommt, dass es keinerlei Bereitschaft gab, die Verwaltungskosten – Gelder der Versicherten – zu reduzieren.

Auch wenn es durchaus positive Aspekte in der Reform gibt: Diese Reform genügt nicht. Aus diesem Grund unterstütze ich das Referendum, das wir nun gegen die misslungene Reform ergreifen.

Sarah Wyss, Präsidentin

das Stimmvolk nächstes Jahr abstimmen können. Aufgrund der Wahlen wurde diese Abstimmung auf das Jahr 2024 verschoben.

Für 90 Prozent der Erwerbstätigen lohnt sich eine Stärkung der AHV, deshalb wird der SGB intensiv für seine Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente kämpfen.

Nur in der AHV beteiligen sich alle – und alle profitieren von direkten Rentenverbesserungen, insbesondere auch die Frauen. In der Zweiten Säule gibt es hingegen weder einen Schutz vor Inflation noch garantierte Rentenleistungen für die bezahlten Lohnbeiträge.

sgb

Bernd Talg als Mitglied des POB der PUBLICA bestätigt

Bernd Talg wurde an der Delegiertenversammlung der PUBLICA als Mitglied des Paritätischen Organs des Vorsorgewerks Bund (POB) für weitere vier Jahre wiedergewählt. «Ich danke allen, die mich gewählt haben, für das entgegengebrachte Vertrauen. Ich werde mich weiterhin einsetzen für die Interessen der Aktiven und Pensionierten beim BAZG. Leider war das in den letzten Jahren schwierig, weil die Politik das Geld, das vorhanden wäre, lieber für andere Dinge verwendet hat als zum Beispiel für den Teuerungsausgleich.» Das POB ist das Führungsorgan der PUBLICA. Es setzt sich aus zwölf Mitgliedern zusammen, je sechs von Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Seite.



© Bild: Archiv

WAK tritt auf Zollgesetz ein

In den letzten Monaten hat das BAZG-VG grössere Hürden übersprungen. Die Arbeitsgruppe Hofmann hat auf den vergangenen 10. März hin die Differenzen punkto Datenschutz und Zuständigkeit der Kantone bereinigt. Die Kantone haben ihre Zufriedenheit darüber ausgedrückt, dass die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen im Gesetzesentwurf hinsichtlich Verfassungsmässigkeit angepasst worden ist.

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats (WAK-N) hat einen Antrag auf Rückweisung der Totalrevision des Zollgesetzes (22.058) an den Bundesrat mit 11 zu 9 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Die WAK-N wird die Detailberatung an ihrer Sitzung vom 22./23. Mai 2023 aufnehmen und dabei den Mitbericht der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK-N) berücksichtigen. Das Gesetz wird voraussichtlich dieses Jahr im Nationalrat beraten, danach die ständerätlichen Kommissionen durchlaufen müssen, bevor es von der kleinen Kammer beraten werden wird.

Überbrückungsrente bei einer frühzeitigen Pensionierung

Zollfahnderinnen und Grenzwächter haben Anspruch darauf bei einer frühzeitigen Pensionierung

Text: Heidi Rebsamen, Zentralsekretärin

Seit 1.1.2018 gilt, dass der Bund keine Überbrückungsrenten mehr ausbezahlen muss. Dies aufgrund eines Beschlusses des Parlamentes Ende 2016 zu Art 88f BPV. Es entschied auch, dass die Beteiligung des Arbeitgebers an eine Überbrückungsrente ab dem 62. Altersjahr auf die Funktionen beschränkt bleibt, die eine andauernd hohe physische oder psychische Belastung aufweisen. Für das BAZG fallen einzig die Zollfahnder und Zollfahnderinnen darunter. Bundesangestellte können auf eigene Kosten ab 63 in die frühzeitige Pension gehen.

Unfreiwillige vorzeitige Pensionierung

Vorzeitige Pensionierungen infolge einer Reorganisation werden mit Art 105a 105b und 106a BPV und mit Hilfe des Sozialplanes abgewickelt. Der Bund kann sich an einer Überbrückungsrente beteiligen. Dies gilt für Personen, welche das 60. Altersjahr vollendet haben. Es kann auch mit einer Abgangsentschädigung gerechnet werden. Die Abgangsentschädigung richtet sich nach Punkt 15 im Sozialplan des Bundes. Bei der Höhe der Überbrückungsrente besteht ein gewisser Spielraum, der verhandelt werden kann.

Grenzwächter:innen

Die Pensionierung und die Überbrückungsrente ist in der VPABP geregelt. Ab dem 1. Mai 2019 gilt auch hierbei Rentenalter 64/65. Für die bisherigen Grenzwächter:innen erfolgte am 1. Januar 2020 die Umstellung. Für alle, welche dann jünger als 50 Jahre waren oder weniger als 23 Dienstjahre absolviert hatten, gilt Art 88f BPV. Die AdGWK bestimmen künftig selbst, ob und wann sie sich vorzeitig pensionieren lassen möchten. Mit den zusätzlichen Beiträgen des Bundes an das Vorsorgekapital erhalten sie den finanziellen Spielraum, der ihnen eine vorzeitige Pensionierung ab 62 Jahren ermöglichen soll.

Jene Grenzwächter:innen, welche die obigen Auflagen am 1.1.2020 erfüllten, werden mit 60 zwangspensioniert und erhalten bis zum ordentlichen Pensionsalter eine volle Überbrückungsrente. Demnach kann bis dato unterschieden werden in Grenzwächter mit Übergangsregelung und Grenzwächterinnen ohne Übergangsregelung. Mit dem neuen Zollgesetz muss auch die VPABP angepasst werden.

SO FUNKTIONIERTS

Warum erhalte ich keinen Teuerungsausgleich auf die Überbrückungsrente

H.C., ehemaliger Grenzwächter, ging 2022 in die Frühpension. «Die AHV-Rente wurde vom Bundesrat per 1.1.2023 um 2,5 Prozent erhöht. Nach gesundem Menschenverstand müsste die Überbrückungsrente gleichbehandelt werden wie die normale AHV-Rente. Wir sind auch AHV-Rentner, und auch bei uns hat die Teuerung nicht halt gemacht.»

So funktioniert

Ab dem ersten Tag der Frühpensionierung sind die Überbrückungsrentenbeziehenden nicht mehr angestellt beim Bund. Sie erhalten von der Publica die Altersrente sowie die Überbrückungsrente. Der Arbeitgeber Bund hat am Tag der Frühpensionierung den gesamten Betrag der Überbrückungsrente an die Publica überwiesen. Zum Zeitpunkt der Überweisung der Summe ist die Entwicklung der Teuerungsrate nicht absehbar. Der Bund stellt sich auf den Standpunkt, dass die Überbrückungsrente keine AHV-Rente, sondern eine spezielle Leistung des Arbeitgebers ist. Wir finden es nicht richtig, dass in Zeiten von jährlichen Teuerungen von 2–3 Prozent diese Überbrückungsrenten nicht angepasst werden. Zentralpräsidentin Sarah Wyss wird im Nationalrat deshalb einen Vorstoss einreichen.



Sarah Wyss avec Friedrich Mannsberger, Wolfgang Kailer et Manuela Donà (de gauche à droite)

© Image: Riccardo Turla

Rien ne vaut le jeu collectif de toutes les forces en présence

En Allemagne, en Autriche et tout particulièrement en France, le personnel douanier a dû faire face à des bouleversements ces 20 dernières années. La leçon des pays voisins est : rien n'importe plus que le dialogue d'égal à égal entre syndicats, partenaires et État, à imposer si nécessaire.

Texte : Riccardo Turla, rédaction

Trois importants représentants des syndicats des pays voisins étaient invités à l'Assemblée des délégué-e-s de Garanto le 5 mai à Olten. Manuela Donà, secrétaire générale de la CGT française, Wolfgang Kailer, enquêteur des douanes et représentant des fonctionnaires fédéraux de la BZD allemande, et Fritz Mannsberger, président de la section fédérale des douanes autrichiennes, ont esquissé selon leur pers-

pective les défis auxquels les syndicats sont confrontés. Pour le magazine, ils ont partagé leurs expériences avec Garanto.

L'élargissement de l'UE à l'Est

Ce que les trois pays voisins ont en commun, c'est la réalité de l'UE. Les frontières extérieures à surveiller se sont d'abord déplacées en 1995, puis à nouveau en 2004 avec l'élargissement

de l'UE à l'Est, notamment vers les pays limitrophes que sont la Pologne, la Slovaquie, la Slovénie, la Hongrie et d'autres. Ces trois pays n'ont de frontière extérieure qu'avec la Suisse, l'Autriche avec le Liechtenstein et la France avec la Grande-Bretagne depuis le Brexit.

Les administrations douanières de ces pays se sont adaptées aux nouvelles réalités par à-coups et non sans dou-

leur. Le premier petit séisme a été que le droit européen n'autorisait plus de facto les contrôles réguliers à la frontière. Tant en 1995 qu'en 2004, de nombreux gardes-frontières ont dû déménager, assumer de nouvelles tâches dans un nouveau profil professionnel, ou ont essayé de rejoindre la police.

La particularité du statut de fonctionnaire

Une autre différence de taille avec la Suisse est que ces trois pays connaissent le statut de fonctionnaire. Cela signifie d'une part que ce personnel est fonctionnaire à vie et ne peut donc pas être licencié. D'autre part, l'État est en pouvoir de réaffecter les fonctionnaires là où il pense en avoir besoin. Dans le cas de l'Allemagne et de la France, cela peut signifier que quelqu'un peut être affecté à l'autre bout du vaste territoire national.

En 2001, l'Autriche a décidé de supprimer le statut de « fonctionnaire » ou de ne plus en recruter de nouveaux. Les fonctionnaires existants devaient rester fonctionnaires jusqu'à leur retraite. L'ensemble du nouveau personnel de l'État est recruté selon le droit du travail en vigueur. Les derniers fonctionnaires partiront à la retraite dans une vingtaine d'années.

La leçon : le dialogue mène toujours aux meilleures solutions

Dans les trois pays, en résumé : toutes les solutions élaborées conjointement par l'État et les syndicats ont fait leurs preuves. Alors qu'en France, de nombreux syndicats se sont mobilisés et ont aussi pu impliquer les milieux politiques et économiques, l'Allemagne et l'Autriche ont pu compter sur le soutien des syndicats de police. De plus, les deux pays germanophones ont pu construire avec un État qui n'hésitait pas à revenir sur des décisions et corriger des mesures pour le bien de tous. En fin de compte, ils ont reconnu que l'expérience et la motivation du personnel de l'administration des douanes ont été décisives pour la bonne réussite de leurs réformes.

Les quatre pages suivantes dressent de nombreux parallèles entre ces trois pays et la Suisse : numérisation, implication du personnel, partenariat social.

Débat animé sur les soucis du personnel

Assemblée des délégués de Garanto du 5 mai

Texte : Riccardo Turla, rédaction



© Image: Riccardo Turla

Lors de l'AD, la Présidence et le Comité central ont écouté avec attention les explications de la vice-directrice de l'OFDF, Isabella Emmenegger.

Les interventions des trois représentants syndicaux des pays limitrophes ont été au cœur de l'Assemblée des délégués de Garanto du 5 mai à Olten. En présence des invités de l'OFDF, avec au premier rang la Directrice suppléante Isabella Emmenegger (qui à la fin de la journée a pris la parole), accompagnée de Christine Balmer (Cheffe du personnel) et de Caroline Wälti (responsable de la communication), certains délégués ont émis des commentaires positifs. Ils ont exprimé le souhait que le personnel soit davantage impliqué. Comme l'ont souligné les trois orateurs Wolfgang Kailer, Manuela Donà et Friedrich Mannsberger une telle implication est déterminante pour la réussite d'une réforme.

Deux nouveaux membres au CC

Dans la partie statutaire, les sections de Schaffhouse et de Suisse romande ont présenté leurs propositions. La motion de Schaffhouse visait à introduire des mesures d'économie dans les frais du Comité central. Le vice-président Angelo Ries a souligné que le CC a déjà accédé à cette demande avec un nouveau règlement des dépenses en vigueur

depuis le 1.1.2021. C'est pourquoi il a recommandé le rejet de cette motion. Les délégués ont suivi cette recommandation et ont pu approuver à postériori ce nouveau règlement sur les frais.

Les délégués ont accepté – avec des modifications – trois des quatre propositions de la Suisse romande. Garanto est chargé de

- ▶ Demander à l'OFDF de remédier au manque d'effectifs en recrutant davantage de personnel,
- ▶ Trouver des solutions pour favoriser de stationnement à l'aéroport de Genève
- ▶ Rassembler les faits concernant les absences pour cause de maladie et les autres types d'absences, puis de chercher le dialogue avec Karin Keller-Sutter.

Lors de cette Assemblée des délégués, Roland Rössli (section Suisse nord-ouest) et Gilles Perrenoud (section Romandie) ont démissionné du Comité central. Ont été élus à l'unanimité leurs successeurs proposés Marc Winkler (nouveau président de la section Suisse nord-ouest depuis janvier) et Sabine Berger (membre du comité de la section Romandie).

France: les syndicats se sont associés, aussi avec la politique et l'économie

La France a connu une longue traversée de tunnel: d'abord la suppression de nombreux bureaux de douane avec l'adhésion à l'UE, puis le Brexit et maintenant le transfert des missions douanières à un autre ministère. Seule la collaboration des syndicats a permis d'éviter les pires erreurs d'un projet fondamentalement mal conçu. Et la lutte continue.

Texte: Riccardo Turla, rédaction

Des trois pays décrits, la France est celui qui a demandé le plus d'efforts aux syndicats ces dernières années. « C'est une restructuration en boucle », résume Manuela Donà, secrétaire générale de la CGT Douanes.

L'argument fallacieux de l'État: réduire les coûts

Reprenons depuis le début: depuis la création de l'UE, les douanes françaises ont connu d'importantes coupes, notamment ces dix dernières années. Après 2013, l'État a réduit les effectifs du personnel de 23 000 à 15 000 postes. Puis vint le Brexit, suivi des attentats à Paris. Comme les douanes sont engagées dans la lutte contre le terrorisme, les effectifs ont repris l'ascenseur pour atteindre 17 000 postes aujourd'hui.

Ce n'est qu'ensuite qu'ont commencé les plus grandes luttes, en raison d'un problème que l'État a provoqué sans nécessité: en 2018, il a décidé de transférer les tâches fiscales de la douane de l'administration des douanes au ministère des finances. Le prétexte: impôts, taxes et finances allant de pair, transférer ces tâches permet à l'État d'économiser des frais de personnel. Il est prévu de supprimer 700 postes dans un premier temps (état 2022), puis environ 3000 autres devenus superflus les années suivantes.

« Nous avons eu du mal à comprendre ce transfert » déclare Manuela Donà, « car les douanes géraient très efficacement les contrôles et perceptions d'impôts. Le prétexte d'économiser des



Manuela Donà (3^e depuis la droite) parle au nom des syndicats avec le Ministre dans son cabinet juste après la grève en mars 2022.

coûts en faveur de la population était absurde ». Au contraire, l'État a décidé d'abandonner complètement certains contrôles, ce qui aurait signifié une perte de recettes fiscales de plusieurs milliards par an.

Grande journée de mobilisation

Ce qui a surtout échauffé les esprits, c'est l'absence totale de plan social pour amortir les pertes d'emploi, notez bien des pertes d'emploi sans raison ni but, comme ont argumenté les syndicats.

Toutes les négociations entre syndicats et État semblaient vouées à l'échec. La grève du 10 mars 2022 a été le point culminant de la contestation syndicale. « C'était la plus grande journée de mobilisation des douanes depuis très

longtemps. Après cette journée, le Ministère des finances nous a enfin reçus pour nous dire qu'il s'engageait à faire aboutir ces négociations. Nos ministres ont horreur que les fonctionnaires des douanes descendent dans la rue ».

De ce point de vue, la grève a conduit à une percée. Manuela Donà: « Le ministre nous a fait quelques propositions. Nous avons ensuite conclu le cycle de négociations avec notre direction générale. Quelques progrès ont été réalisés pour les collègues, même si nous sommes toujours opposés au transfert des tâches fiscales. L'État est d'ailleurs en train de revenir sur le transfert de certaines tâches ».

En prenant l'exemple des taxes sur l'énergie, Manuela Donà explique que les douaniers travaillaient directement

dans les raffineries, où ils percevaient les taxes sur les importations de pétrole et de gaz, main dans la main avec les entreprises sur place.

Impôts sur le pétrole : l'État a ordonné ce que personne ne voulait

L'État voulait supprimer complètement cette activité afin d'économiser du personnel. « Incompréhensible. Nous nous sommes tournés vers les compagnies pétrolières, pas toujours nos amies... mais là, même elles nous ont soutenus : elles voulaient que cette tâche reste aux douanes, notamment parce que nous pouvons être présents jour et nuit », souligne Manuela Donà. « Les recettes qui en découlaient allaient en partie à l'État, en partie aux régions. Les régions ont aussi soutenu notre demande, parce qu'elles s'inquiétaient de la perte massive de recettes fiscales pour les arrondissements concernés ». Face à ces arguments, l'État n'a toujours pas expliqué pourquoi le transfert des tâches douanières au Département des finances serait rentable. Manuela Donà constate : « La réorganisation semble improductive et incompréhensible. C'est là, je pense, que nos décideurs font erreur : s'ils ne peuvent pas justifier la mesure, c'est justement parce qu'elle est injustifiable ».

Pourquoi les douanes sont-elles nécessaires ?

Le problème de la douane française était devenu existentiel : « En 2019, nous avons dû commencer à expliquer le rôle du fonctionnaire des douanes : quels sont la mission et le mandat du douanier ». Avec la disparition des frontières pour l'économie – sauf celles avec la Suisse – le public ne sait plus très bien pourquoi les douaniers sont encore nécessaires. « En France, on culpabilise très souvent les fonctionnaires sous prétexte que nous coûtions cher à l'État. On nous demande d'accepter les changements sans discuter et de nous estimer heureux d'avoir un emploi sûr ».

C'était donc clair pour les syndicats que rien ne marcherait sans un travail d'information. Il fallait rendre les faits accessibles à tous, y compris aux député-e-s : en France comme en Suisse, quasiment aucun membre du Parlement ne s'y

connaît en matière de douane – même ceux des conscriptions électorales des régions frontalières directement concernées.

Le plan en trois points : réunir, sensibiliser, communiquer

Comment les syndicats peuvent-ils poser les faits sur la table alors qu'ils sont aussi fragmentés qu'en France ? Plus que centenaire, organisation faite de 32 sections pour différentes branches, la CGT n'est qu'un parmi sept syndicats douaniers très différents. La CGT regroupe 7 % du personnel douanier. Ce qui semble peu représente tout de même un tiers des douaniers et douanières syndiqués : seuls 20 % du personnel douanier sont membres d'un des sept syndicats. Manuela Donà déclare : « Nous avons besoin d'un catalogue de revendications communes. J'ai beaucoup insisté sur cette idée ». Ainsi, l'unité n'était pas seulement garantie dans l'intention, mais aussi dans la communication.

Ce fut la première étape de ce travail de sensibilisation : le regroupement avec les autres syndicats dans l'« intersyndicale ». « Pas une seule organisation n'a manqué à l'appel, et ce du début jusqu'à la fin ». La deuxième étape concernait le travail de sensibilisation dans les deux chambres du Parlement pour attirer leur attention sur les graves lacunes du projet de restructuration. Troisième étape : les syndicats ont coordonné des mesures et des actions de communication, y compris des dépliants pour expliquer le rôle et l'objectif de la douane.

Les syndicats peuvent écrire à tout le personnel

De plus, les syndicats jouissent d'une possibilité qui manque actuellement à Garanto : « Nous avons signé une charte avec l'administration selon laquelle nous pouvons utiliser les listes de diffusion du personnel pour écrire à tous. Cela fonctionne très bien, indépendamment de l'appartenance ou non à un syndicat ».

Ensemble, les syndicats ont mis en place une stratégie de communication pour atteindre les groupes cibles de manière différente et spécifique, afin de faire bouger les choses. Manuela Donà

résume brièvement le contenu de la stratégie : « On a communiqué tout ce qu'on a fait. Chaque fois que nous écrivions aux députés, aux fonctionnaires et à l'administration, nous pouvions continuer à travailler sur le catalogue commun de revendications pour l'accompagnement social. Après chaque activité et réunion, nous avons systématiquement envoyé des informations et documents à tout le personnel ».

Chaque employé-e de l'État dispose également d'une heure payée par mois, ou trois par trimestre, pour l'information syndicale. « Ce temps, nous l'utilisons systématiquement. Ces heures d'information sont meilleures que les mails, car on peut échanger directement. Le personnel est beaucoup plus attentif, il nous écoute. Nous les faisons aussi participer au catalogue de revendications. Le personnel de l'État apprécie beaucoup cette heure syndicale ». De plus, l'Assemblée générale du syndicat est ouverte à tous.

Les syndicats ont atteint la politique et l'économie

Les bouleversements imposés par l'État n'auraient pas eu des conséquences que sur les recettes. Une partie de l'économie avait aussi intérêt à ce que les contrôles de marchandises ne soient pas affaiblis. « Un député a beaucoup contribué à notre politique, dans le sens de la protection de l'économie. Mais il y a aussi des intérêts politiques, par exemple la protection sociale et écologique. La douane peut jouer un rôle en ce sens, afin que les marchandises provenant de l'autre bout du monde ne soient pas traitées de la même manière que les marchandises produites dans le pays », explique Manuela Donà pour illustrer les implications politiques. « Je travaille avec des patrons de l'économie qui refusent de délocaliser leur production à l'étranger ». Manuela Donà constate que ce n'est pas le rôle de la douane, mais que la collaboration révèle des besoins de l'économie, qui doivent être discutés au niveau politique, puisqu'un gouvernement ne doit pas prendre de décision n'apportant rien à personne, si ce n'est un peu de populisme.

La numérisation a fait le bonheur de la douane allemande

Un large partenariat entre État et syndicats a conduit à une réforme particulièrement souple en Allemagne. Une numérisation bien mise en œuvre a été perçue comme un avantage par le personnel de la douane. De plus, l'État a constamment corrigé certaines décisions en faveur du bien-être de ses fonctionnaires, ce qui s'est régulièrement avéré payant pour l'employeur.

Texte: Riccardo Turla, rédaction

Chez notre voisin du Nord, deux caractéristiques ressortent tout particulièrement : l'État prend très au sérieux les objections des syndicats et la numérisation progresse très bien.

Concernant la première particularité, le syndicat BDZ sait faire de bons compromis avec l'État. Il met en jeu les intérêts de chacun et obtient souvent des corrections qui au final profitent à toutes les parties.

L'État prend le personnel au sérieux

Lorsque l'État a décidé de regrouper les cinq anciennes directions fédérales des finances et leurs 7800 employé-e-s en une nouvelle Direction générale des douanes à Cologne/Bonn en 2016, le BDZ est intervenu. L'État a accepté de répartir la Direction générale des douanes sur neuf directions. Ce changement de cap n'a fait que des gagnants : les fonctionnaires n'ont pas eu à déménager (ou à chercher un nouvel emploi) et cette variante douce a permis à la Direction générale des douanes d'être pleinement opérationnelle dès le premier jour. « Comme syndicat, nous sommes attentifs à ces aspects. Dieu merci, l'administration s'est montrée attentive. Nous avons besoin d'un personnel très motivé », souligne Wolfgang Kailer, représentant BDZ des fonctionnaires fédéraux.



Wolfgang Kailer s'est exprimé lors de l'Assemblée des délégué-e-s de Garanto

Pourtant, la restructuration des douanes allemandes était très importante. Dans le cadre de l'élargissement de l'UE à l'Est, les principaux bureaux de douane ont été ramenés de 120 à 41. « Nous avons réussi à rendre cette réduction dans l'ensemble socialement acceptable », explique Wolfgang Kailer. Le BDZ s'est prononcé en faveur d'un catalogue de mesures sociales « pour que la situation du père de famille soit davantage prise en compte que celle d'un nouvel employé. À de très rares

exceptions près, tout le monde travaille désormais là où souhaité ». Cela s'est fait en partie grâce aux fluctuations naturelles, car certaines personnes n'ont dû changer que temporairement et ont retrouvé leur ancien poste et fonction peu après, parce qu'elles étaient à nouveau libres. « Je dis à l'administration : prenez le temps de discuter avec le personnel et voyez quelles mesures peuvent être prises. Il était donc très important pour le BFM pour procéder de manière socialement acceptable de mettre en œuvre les lois en l'espace d'1 à 2 ans. Sur place, les services disposaient ainsi d'une marge de manœuvre. De nombreux problèmes se sont réglés avec le temps ».

Exemple typique : en 2004, l'ouverture de la frontière avec la Pologne et la République tchèque a entraîné la suppression de plus de 1000 emplois. « Grâce à des mesures de compensation, nous avons réussi à trouver des solutions pour près de 1000 employé-e-s. Voici ce que nous avons pu leur proposer à chacun-e : la même activité, mais parfois à des centaines de kilomètres du site actuel, ou le même site mais avec une nouvelle activité ». L'État a donc été très conciliant, en particulier avec le personnel de longue date. « Ce n'était pas évident », constate Wolfgang Kailer, « et cela a été très bien accueilli par le personnel ». Selon lui, cela n'allait pas seulement dans le sens du BDZ, mais aussi de l'administration : « La personne qui contre son gré reçoit une autre activité ou un autre lieu de travail ne sera pas motivée les premiers mois, et ne fera que se plaindre. En revanche, si la personne s'identifie à son travail, c'est une employée très précieuse qui réfléchit au-delà de ses obligations ».

ATLAS a déchargé la douane

La deuxième particularité de l'Allemagne, c'est que la numérisation a de prime abord permis au personnel de gagner du temps. Le logiciel ATLAS effectue une analyse des risques sur l'apprentissage. Le logiciel trie ainsi les envois de marchandises qui ne méritent pas de contrôle. « Il n'y a pas d'autre solution », souligne Wolfgang Kailer, avec 79,8 millions de déclarations d'importation et 165 millions d'exportation faites en

En Autriche l'État s'est montré très conciliant

Allemagne en 2020. 100 millions supplémentaires s'y seraient ajoutés suite à la suppression de l'exonération de la TVA pour les marchandises de moins de 22 euros. Le Parlement ne voulait accorder aux douanes que 50 postes supplémentaires (au lieu des plus de 1000 proposés). Sans «ATLAS-IMPOST», le surcroît de travail n'aurait pas pu être géré.

De plus, la numérisation a amélioré les possibilités de concilier vie professionnelle et vie familiale. La pandémie a accéléré ce processus : le travail peut en principe être effectué depuis la maison. En outre, cela permet à l'État d'économiser de l'espace de bureau.

Peu de possibilités de promotion, mais une bonne qualité de vie

Les douanes ont déjà dû se séparer de beaucoup de personnel en Allemagne. Une carrière à la douane n'est pas particulièrement attrayante, notamment parce que les possibilités d'avancement sont limitées et que les salaires sont inférieurs à ceux de la police nationale ou fédérale. En revanche, l'État fait des concessions au personnel dans la mesure du possible.

La douane allemande connaît aussi depuis peu les unités mobiles. Les personnes souhaitant passer au contrôle des marchandises ont eu cette possibilité. « L'administration s'est montrée très généreuse à cet égard », estime Wolfgang Kailer. Finalement, beaucoup ne seraient pas prêts à échanger leurs horaires de travail habituels contre un fonctionnement 24h / 24 et 7j / 7.

Ces nombreux bons compromis ne sont pas nés de la mauvaise conscience de l'État vis-à-vis des fonctionnaires de douane en raison des conditions de travail moyennement attrayantes. Manifestement, le BDZ est considéré comme un partenaire et un conseiller digne de confiance et fiable, et est donc étroitement associé. « Le BDZ se considère comme un syndicat très sérieux avec de solides connaissances. Nous expliquons les décisions en nous plaçant souvent du côté de l'administration », affirme Wolfgang Kailer pour décrire son syndicat. « Un compromis bien négocié et une amélioration pour le membre sont au centre de nos préoccupations ».

En 2004, les gardes-frontière autrichiens ont été complètement supprimés. La stratégie de l'État et du syndicat lors de la restructuration se fondait sur l'implication du personnel.

Texte: Riccardo Turla, rédaction

En 2004, l'élargissement de l'UE à l'est a signifié pour l'Autriche la suppression des contrôles aux frontières sur la quasi-totalité de son territoire. La garde douanière n'avait plus de raison de travailler, sauf sur les quelques kilomètres de frontière avec la Suisse et le Liechtenstein ainsi qu'aux aéroports. Les responsables politiques ont alors décidé de supprimer purement et simplement la garde douanière, l'ancienne administration douanière divisée en deux devant devenir unique. « Ça a été une bombe politique », admet Friedrich Mannsberger, le représentant de l'ÖGB.

Le volontariat comme atout

L'Autriche a réussi à faire en sorte que le transfert d'une partie des gardes-frontières au Ministère de l'Intérieur se fasse sans trop de dégâts. De nombreux anciens membres du corps de garde exécutif fort d'environ 2200 personnes, donc des gardes-frontière, sont volontairement passés à la police au Ministère de l'Intérieur après la suppression des frontières orientales. L'autre partie est restée dans l'administration des douanes, restée sous la tutelle du Ministère des Finances. « Nous avons bien soutenu et représenté syndicalement ce corps de garde exécutif, et lorsque la police et son fort syndicat réussissaient à négocier quelque chose de bon pour le personnel, la garde douanière suivait le mouvement », explique Friedrich Mannsberger, en montrant les synergies avec le syndicat de la police.

Le personnel transféré a aussi obtenu une garantie de salaire de trois ans. Il s'agissait d'une disposition de la loi salariale spécialement définie pour l'ancienne garde douanière, appelée « réglemmentation sur les parkings ».

« Ça ne rend pas forcément le personnel heureux. Il s'identifie à son travail, puis vient cette réforme stupide, personne ne s'en réjouit. Mais nous représentants du personnel avons veillé à ce que l'employeur implique, informe, interroge et accompagne le personnel. En plus des dispositions légales, nous avons aussi essayé de trouver certaines variantes sociales là où c'était nécessaire », raconte Friedrich Mannsberger. Ainsi, la phase de transition a créé des corrections positives après 2004. Durant ces premières années, la plupart des problèmes se sont résolus d'eux-mêmes, notamment grâce à des accords bilatéraux entre l'État et le syndicat, parce qu'aussi entre-temps de nouveaux emplois de qualité pour les anciens membres de la garde douanière transférés ont pu être créés. De plus, le personnel mécontent a vu s'ouvrir assez rapidement des possibilités de trouver une fonction leur convenant dans un lieu commode.

Partenariat social et consensus

Mais ces années de transition ont été extraordinairement intenses pour le syndicat. « Bien sûr, nous avons dû de temps en temps secouer le cocotier pour que l'autre partie se rende compte que quelque chose de précis ne nous convenait pas, peut-être à juste titre », admet Friedrich Mannsberger. Mais il souligne que la voie royale, c'était la voie du partenariat social. « Si tu parviens à discuter dans le cadre du partenariat social, tu peux progresser comme syndicat. Si tu ne fais que descendre dans la rue, cela devient beaucoup plus difficile. Pour qu'un grand changement fonctionne, l'État doit gagner le personnel. Il doit être derrière lui ».

Le groupe de travail Hofmann a cherché le dialogue

Le comité central a en particulier discuté des dispositions transitoires

Texte: Riccardo Turla, rédaction



© Image: Riccardo Turla

La séance du Comité central du 4 mai fut la dernière pour Roland Rössli (sur la photo, à gauche devant).

Lors de sa séance en ligne du 24 mars, le Comité central a discuté de la question de l'insécurité juridique pour les spécialistes de douanes ayant suivi une formation au tir Allegra, engagés dans des équipes mixtes. Garanto avait transmis à l'OFDF ses objections sur les règles d'engagement à 360°, ce qui a conduit le groupe de travail Hofmann à chercher le dialogue avec Garanto en mars.

Améliorer la formation à la sécurité

Lors d'une discussion animée, le Comité central a décidé d'adopter la variante que Garanto n'approuvera l'adaptation de l'ordonnance que s'il peut participer activement à la transformation, c'est-à-dire en étant consulté sur toutes les affaires concernant le personnel, et si la formation à la sécurité est améliorée,

notamment en ce qui concerne les armes.

Le Comité central a continué à discuter de ces dispositions transitoires lors de sa deuxième séance, la veille de l'AD. Entre-temps, Garanto a suivi de près la révision de l'ordonnance sur les douanes et a ainsi pu faire valoir ses préoccupations. Pour Garanto, il est clair que ce sont les dispositions transitoires. Si la loi sur les douanes devait être rejetée, cette révision serait également nulle.

Adoption de la charte

Par ailleurs, le Comité central a élu Iwan Wüthrich et Rafael Leu à la Woka. Un aspect des comptes annuels a suscité des questions : Garanto doit supporter une perte sur ses placements auprès de la banque.

Davantage de chance pour les femmes à l'OFDF

Garanto s'associe aux revendications de la grève féministe du 14 juin 2023. Nous nous montrons solidaires de toutes les femmes en Suisse et voulons profiter de cette journée pour un Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières ayant de l'avenir. Car les chances pour les hommes et les femmes sont toujours inégalement réparties, en particulier pour les mères. Un groupe de travail interne propose un ensemble de mesures/demandes à la direction de l'OFDF.

Conférences régionales

Nous souhaitons discuter et compléter cette proposition de manière large en organisant des conférences régionales sur Zoom. Celles-ci ont lieu aux dates suivantes :

- ▶ 30 mai en allemand
- ▶ 31 mai en français
- ▶ 1 juin en italien

L'objectif est d'élaborer un catalogue de mesures et de revendications largement soutenues et de l'adopter solennellement le 14 juin lors d'une séance Zoom. Les revendications seront ensuite remises à la direction de l'OFDF à Berne. Les informations et les données d'accès seront communiquées par newsletter.

*Rina Cano, spécialiste de douane, comité de la section Berne ;
Carmen Pfister, experte de douane, membre de la commission féministe de l'USS ;
Debora Caminada, secrétariat central ;
Heidi Rebsamen, secrétaire centrale*

«Tirons-en le meilleur!»

Gaby Münger est garde-frontière depuis plus de 30 ans. Elle a été l'une des premières femmes gardes-frontière de Suisse et fait aussi partie du comité de la section Nordwestschweiz depuis 15 ans.

Interview: Riccardo Turla

Gaby, depuis quand es-tu membre du syndicat ?

Depuis le début, en 1990. On me présentait un formulaire en disant « Signe ici ! » (rit)

Ensuite, tu as aussi pris des responsabilités au sein du comité de la section.

On est venu me chercher, notamment parce que j'étais la seule femme garde-frontière... C'est comme ça qu'on y arrive ! (rit) Au sein du comité, je suis responsable des mutations depuis 2007.

As-tu été la première garde-frontière à l'AFD de l'époque ?

Pas tout à fait. C'est à cette époque qu'ont été créées les premières classes de femmes. La première garde femmes a débuté en 1989, je faisais partie de la deuxième. Il y avait deux classes d'environ 20 femmes. Globalement, nous étions les premières, à l'extérieur à Riehen, où j'ai commencé. C'était très intéressant. Nous femmes avons senti que nous faisons irruption dans un domaine masculin. Nous avons pour ainsi dire ouvert la voie aux femmes suivantes. Certains hommes ont pensé « Au secours, les femmes débarquent ! » (rit). Mais j'ai été très bien accueillie.



© Image: Riccardo Turla

Gaby Münger

Née à Winterthur, Caporal Gabi Münger a choisi la voie des gardes-frontière dans sa jeunesse après une année d'échange en Amérique. Il était d'abord prévu qu'elle travaille à Schaffhouse, mais directement après sa formation a atterri à Riehen. Elle a ensuite travaillé au poste mobile de Burg, puis à Biel-Benken, Leimental, Arlesheim et à l'aéroport. Propriétaire de deux chevaux, elle est active dans l'association équestre. Gaby vit en hauteur, à Känerkinden, dans l'Oberbaselbiet.

As-tu rencontré des résistances ?

Je n'ai jamais eu de problèmes, mais j'ai toujours su m'adapter aux circonstances. Au début, la question était amusante, car les femmes n'avaient pas vraiment été informées de savoir si elles devaient porter une cravate ou un foulard. Nous, les deux femmes, avons décidé de mettre aussi une cravate comme les hommes. Nous trouvions stupide de s'habiller différemment des hommes. Nous ne voulions pas, ni n'avions besoin, de solutions spéciales pour nous.

Comment ton entourage a-t-il accueilli ta volonté de devenir garde-frontière en tant que femme ?

Cela a été très bien accueilli dans mon entourage. Mon père m'avait même encouragée à tenter ma chance chez les gardes-frontière.

L'égalité est-elle sujet de discussion au sein des gardes-frontière ou de l'OFDF ?

Ce n'est pas spécialement un champ de bataille. Au fil des ans, cela s'est bien stabilisé. L'essentiel est d'être sur un pied d'égalité : même travail que les hommes, même traitement. J'ai le sentiment qu'il n'y a pas de problème à ce niveau-là.

Quels ont été jusqu'ici les moments les plus passionnants dans le métier ?

Dans l'unité mobile ! C'était très intéressant. Les premières années, beaucoup de choses étaient encore très intéressantes : il se passe toujours quelque chose, il y a beaucoup de changement.

Quelle a été la période la plus passionnante d'un point de vue syndical ?

Avant, tout le monde participait au syndicat, c'était plus facile d'aller chercher les gens. Il était de bon ton d'appartenir au syndicat. J'aimais mieux ça. Les assemblées générales de notre section étaient aussi pleines, avec plus de 100 personnes présentes.

Qu'est-ce qui te plaît en particulier ?

Travailler avec les collègues, et on ne s'ennuie jamais. C'est passionnant, il se passe toujours quelque chose. Tu dois être flexible et toujours t'adapter aux nouveautés. Chaque cas est différent. C'est un métier passionnant.

Quelles sont tes attentes pour l'avenir à l'OFDF ?

J'espère que la situation reste la même qu'aujourd'hui, que ça reste passionnant. La numérisation fait un pas de plus. Mais je suis plutôt optimiste. Il y a des avantages et des inconvénients à la transformation – nous devons la vivre. Tirons-en le meilleur !

Réforme de la LPP: signez maintenant!

Le référendum contre la réforme de la LPP a été lancé par une large alliance

La réforme des caisses de pension adoptée par le Parlement entraîne des pertes de rentes pouvant atteindre 3240 francs par an. Alors même que les rentes des caisses de pension baissent déjà dramatiquement depuis des années. Avec LPP21, ce sont précisément les salarié-e-s aux revenus bas et moyens qui devraient payer beaucoup plus, pour une rente globalement moins élevée. Et les femmes, qui ont dû avaler l'augmentation de l'âge de la retraite l'hiver dernier, devraient payer une deuxième fois: au lieu de meilleures rentes, la majorité des femmes auront de moins bonnes rentes.

Raisons pour lesquelles la large alliance contre le démantèlement des rentes lance aujourd'hui la récolte de signatures contre la réforme des caisses de pension. **Une feuille de signatures est jointe au magazine. Signez maintenant!**

La 13^e rente AVS devant le peuple l'an prochain

Le peuple pourra se prononcer sur l'ini-

MOTS DE LA PRÉSIDENTE

Prévoyance vieillesse pour tous – la révision de la LPP est un échec

La réforme du deuxième pilier (LPP) poursuivait trois objectifs clairs: garantir les rentes, assurer le financement et améliorer les rentes de prévoyance professionnelle des femmes. Mais il n'est pas resté grand-chose du compromis des partenaires sociaux et des promesses faites avec AVS21. La réforme de la LPP adoptée entraîne des pertes de rentes pour les revenus moyens et

des déductions salariales plus élevées sans réelle amélioration pour les bas revenus. La compensation pour la génération de transition est insuffisante. De plus, aucune volonté de réduire les frais administratifs – l'argent des personnes assurées – ne s'est manifestée. Même si cette réforme a des aspects tout à fait positifs, elle est insuffisante. Raison pour laquelle je soutiens le référendum que nous lançons maintenant contre cette réforme ratée.

Sarah Wyss, présidente

tative populaire pour une 13^e rente AVS l'année prochaine. Cette votation a été reportée à 2024 en raison des élections. Renforcer l'AVS vaut la peine pour 90% des personnes actives, l'USS va donc se battre avec force pour son initiative populaire pour une 13^e rente. Il n'y a que dans l'AVS que tout le monde participe,

et profite d'améliorations directes des rentes, en particulier les femmes. Dans le 2^e pilier en revanche, il n'existe ni protection contre l'inflation ni garantie des prestations de rente pour les cotisations salariales.

uss

Bernd Talg confirmé comme membre PUBLICA de l'OPC

Lors de l'Assemblée des délégués de PUBLICA, Bernd Talg a été réélu membre de l'organe paritaire de la caisse de prévoyance de la Confédération (OPC) pour quatre ans. « Je remercie mes électeurs et électrices pour la confiance témoignée. Je continuerai à m'engager pour défendre les intérêts des personnes actives et retraitées de l'OFDF. Malheureusement, ces dernières années ont été difficiles, car la politique a préféré utiliser l'argent disponible pour d'autres choses que par ex. la compensation du renchérissement ». L'OPC est l'organe de direction de PUBLICA. Il se compose de douze membres, six du côté employeur et six du côté des employés.



© image d'archives

Riccardo Turla

La CER entre en matière sur la loi sur les douanes

La LE-OFDF a surmonté de grands obstacles ces derniers mois. Le 10 mars, le groupe de travail Hofmann a éliminé les divergences sur la protection des données et la responsabilité des cantons. Les cantons ont exprimé leur satisfaction de voir la répartition constitutionnelle des compétences entre la Confédération et les cantons adaptée dans le projet de loi.

Par 11 voix contre 9 et 4 abstentions, la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national (CER-N) a rejeté une proposition de renvoi au Conseil fédéral de la révision totale de la loi sur les douanes (22.058). La CER-N commencera la discussion de détail lors de sa séance des 22-23 mai 2023, et tiendra compte du co-rapport de la Commission de la politique de sécurité (CPS-N). La loi sera vraisemblablement débattue cette année au Conseil national, puis devra passer par les commissions du Conseil des États avant d'être examinée par le Conseil des États.

Rente-pont en cas de retraite anticipée

Les enquêtrices de la douane et les gardes-frontière y ont droit en cas de retraite anticipée

Texte: Heidi Rebsamen, secrétaire centrale

Depuis le 1.1.2018, la Confédération n'est plus tenue de verser des rentes transitoires. Ceci en raison d'une décision prise par le Parlement fin 2016 sur l'art. 88f OPers. Il a aussi décidé que la participation de l'employeur à une rente-pont dès 62 ans reste limitée aux fonctions présentant une charge physique ou psychique élevée et durable. Pour l'OFDF, seuls les enquêteurs douaniers sont concernés. Le personnel fédéral peut prendre une retraite anticipée à ses frais à partir de 63 ans.

Retraite anticipée involontaire

Les mises à la retraite anticipée suite à une réorganisation sont réglées par les art. 105a, 105b et 106a OPers et à l'aide du plan social. La Confédération peut participer à une rente transitoire, pour les personnes ayant atteint l'âge de 60 ans. Il est également possible de compter sur une indemnité de départ, déterminée par le point 15 du plan social de la Confédération. Pour le montant de la rente-pont existe une certaine marge de manœuvre pouvant être négociée.

Gardes-frontière

La retraite et la rente transitoire sont régies par l'ORCPP. Depuis le 1^{er} mai 2019, l'âge de la retraite est aussi de 64/65 ans.

Pour les gardes-frontière actuels, le changement a eu lieu le 1.1.2020. Pour tous ceux qui avaient alors moins de 50 ans ou moins de 23 ans de service, l'art. 88f OPers s'applique. Désormais, les MdCqfr décident eux-mêmes si et quand ils souhaitent prendre une retraite anticipée. Grâce aux contributions supplémentaires de la Confédération au capital de prévoyance, ils disposent d'une marge de manœuvre financière leur permettant de prendre une retraite anticipée dès 62 ans.

Les gardes-frontière remplissant les conditions susmentionnées au 1.1.2020 seront d'office mis à la retraite à 60 ans et recevront une rente-pont complète jusqu'à l'âge ordinaire de la retraite.

Jusqu'ici, les gardes-frontière bénéficiant d'un régime transitoire se distinguent de ceux qui n'en bénéficient pas. Avec la nouvelle loi sur les douanes, l'ORCPP doit également être adaptée.

CONSEIL

Pourquoi n'y a-t-il pas de compensation du renchérissement sur la rente transitoire?

Ancien garde-frontière, H.C. a pris une retraite anticipée en 2022. « Le Conseil fédéral a augmenté la rente AVS de 2,5% au 1.1.2023. Le bon sens voudrait que la rente-pont soit traitée de la même manière que la rente AVS normale. Nous sommes aussi des rentiers AVS, et le renchérissement nous touche autant que les autres ».

Comment cela fonctionne

Dès le premier jour de la retraite anticipée, les bénéficiaires de rentes transitoires ne sont plus employés de la Confédération. Ils reçoivent de Publica la rente de vieillesse et la rente-pont.

Le jour de la retraite anticipée, l'employeur Confédération a transféré la totalité du montant de la rente transitoire à Publica. Au moment de verser la somme, l'évolution du taux d'inflation est imprévisible.

La Confédération estime que la rente-pont n'est pas une rente AVS, mais une prestation spéciale de l'employeur. Nous ne trouvons pas juste qu'en période de renchérissement annuel de 2-3%, ces rentes transitoires ne soient pas adaptées. La présidente centrale Sarah Wyss déposera donc une intervention au Conseil national.



Sarah Wyss con (da sin.) Friedrich Mannsberger, Wolfgang Kailer e Manuela Donà

© Foto: Riccardo Turla

Il dialogo porta sempre le migliori soluzioni

In Germania, Austria e soprattutto in Francia, negli ultimi vent'anni il personale doganale ha dovuto affrontare massicce trasformazioni. Queste esperienze hanno insegnato che per il successo di una riforma non c'è nulla di più importante del dialogo su base paritaria tra sindacati, partner e autorità e che, se necessario, questo dialogo va imposto.

Testo: Riccardo Turla, redattore

All'ultima assemblea dei delegati, svoltasi il 5 maggio a Olten, erano presenti anche tre esponenti sindacali di Francia, Germania e Austria: Manuela Donà, segretaria generale del sindacato francese CGT, Wolfgang Kailer, inquirente doganale e rappresentante del personale del sindacato tedesco BZD, e Fritz Mannsberger, presidente del gruppo professionale dogana del sindacato austriaco Finanzgewerkschaft. I

tre ospiti hanno spiegato le sfide che i loro sindacati hanno dovuto affrontare e hanno raccontato le loro esperienze anche al nostro giornale.

I confini esterni sono svaniti

Austria, Germania e Francia hanno in comune la realtà dell'UE. I loro confini esterni si sono spostati dapprima nel 1995 e poi nel 2004 con l'estensione a est dell'UE (adesione di Polonia, Slo-

vacchia, Slovenia, Ungheria ecc.). I tre Paesi hanno un confine esterno solo con la Svizzera; l'Austria anche con il Liechtenstein e la Francia, dalla Brexit, con la Gran Bretagna.

Le loro amministrazioni doganali hanno quindi dovuto adeguarsi bruscamente e non senza dolore alle nuove realtà. Il primo terremoto è coinciso con l'abolizione imposta dal diritto UE dei controlli regolari al confine che ha costretto

molte guardie di confine a trasferirsi, ad assumere nuovi compiti o a cercare altri sbocchi in polizia.

La particolarità dello statuto di funzionario

Un'altra differenza rispetto alla Svizzera è data dal fatto che i tre Paesi riconoscono lo statuto di funzionario. Ciò implica che i loro dipendenti vengono assunti per tutta la loro vita professionale e non possono essere licenziati. D'altro canto, però, lo Stato ha il potere di disporre e può decidere di trasferirli dove ritiene più opportuno. Nel caso della Germania o della Francia, potrebbe significare il trasferimento da un capo all'altro del vasto territorio nazionale. L'Austria, per contro, ha deciso nel 2001 di abolire lo statuto di funzionario, rispettivamente di non assumere più nuovi funzionari. Ha tuttavia mantenuto lo statuto per quelli in servizio che potranno beneficiarne fino al pensionamento. Si prevede che gli ultimi andranno in pensione tra una ventina di anni. Per tutti i nuovi dipendenti statali trova ora applicazione il normale diritto del lavoro.

Morale: il dialogo porta le migliori soluzioni

Per riassumere si può affermare che in tutti e tre i Paesi le soluzioni elaborate congiuntamente da autorità e sindacati hanno dato buone prove. Mentre in Francia molti sindacati hanno unito le forze e sono riusciti a coinvolgere la politica e l'economia, Germania e Austria hanno potuto contare sul sostegno dei sindacati della polizia. In particolare, però, le autorità dei due Paesi germanofoni hanno riconosciuto che l'esperienza e la motivazione del personale doganale sono determinanti per il successo delle loro riforme e non hanno avuto paura di fare un passo indietro e di rivedere, per il bene di tutti, le misure disposte. Nelle prossime pagine vi spieghiamo i molti parallelismi che intercorrono tra Austria, Germania, Francia e Svizzera a livello di digitalizzazione, coinvolgimento del personale e partenariato sociale.

Le preoccupazioni del personale tengono banco

Assemblea dei delegati di Garanto del 5 maggio

Testo: Riccardo Turla, redattore



La presidenza e il comitato centrale ascoltano attentamente le spiegazioni della vicedirettrice UDSC, Isabella Emmenegger.

L'assemblea dei delegati di Garanto, svoltasi il 5 maggio a Olten, ha dedicato ampio spazio agli interventi dei rappresentanti sindacali di Austria, Germania e Francia. Alla presenza dei vertici dell'UDSC, tra cui la sostituta del direttore Isabella Emmenegger, accompagnata dalla capa del personale Christine Balmer e dalla responsabile della comunicazione Caroline Wälti, alcuni delegati hanno preso la parola per chiedere tra l'altro un maggiore coinvolgimento del personale. Un fattore che appare fondamentale per il buon esito di una trasformazione, come emerge anche dagli interventi di Wolfgang Kailer, Manuela Donà e Friedrich Mansberger.

Eletti due nuovi membri del comitato centrale

Le sezioni Sciaffusa e Romandia hanno presentato ai delegati le loro proposte. Sciaffusa raccomandava misure di risparmio per le spese del comitato centrale. Il vicepresidente Angelo Ries ha fatto notare che il cc ha già adottato disposizioni in questo senso con il nuovo regolamento spese entrato in vigore

il 1° gennaio 2021. Seguendo la raccomandazione di Ries, i delegati hanno respinto la proposta e, successivamente, hanno approvato il nuovo regolamento spese.

I delegati hanno inoltre accolto, in alcuni casi apportando delle modifiche, tre delle quattro proposte formulate dalla sezione Romandia. Garanto dovrà quindi

- ▶ chiedere all'UDSC di far fronte alla scarsità di personale e di reclutare un maggior numero di nuove leve
- ▶ far pressione per trovare una soluzione per la questione dei parcheggi all'aeroporto di Ginevra
- ▶ rilevare dati sulle assenze per malattia e altre assenze e cercare poi il dialogo con Karin Keller-Sutter.

Con l'assemblea dei delegati sono diventate effettive anche le dimissioni dal cc di Roland Rösli, sezione Svizzera nord-occidentale, e Gilles Perrenoud, sezione Romandia. In loro vece sono stati eletti all'unanimità Marc Winkler (da gennaio nuovo presidente della sezione Svizzera nord-occidentale) e Sabine Berger (membro di comitato della sezione Romandia).

Francia: i sindacati uniscono le forze e coinvolgono politica e economia

La dogana francese attraversa una burrasca che non sembra avere fine: dapprima, con l'adesione all'UE, molti uffici doganali sono stati soppressi, poi è arrivata la Brexit e ora i compiti doganali vengono assegnati a un nuovo ministero. Solo la collaborazione con i sindacati ha permesso di evitare gli errori più gravi di un progetto pianificato male fin dal principio, ma la lotta continua.

Testo: Riccardo Turla, redattore

Dei tre Paesi presenti all'assemblea, la Francia è quello in cui negli ultimi anni i sindacati sono stati più sollecitati. «È una ristrutturazione a ciclo continuo», riassume Manuela Donà, segretaria generale del sindacato CGT Douanes.

Il pretesto dello Stato, risparmiare costi

Ma procediamo con ordine. Dalla fondazione dell'UE, in particolare negli ultimi dieci anni, la dogana francese ha vissuto profondi cambiamenti. Dal 2013 lo Stato ha ridotto l'organico portando il numero di impieghi da 23 000 a 15 000. Con la Brexit e gli attentati di Parigi, è stato però necessario rimpolpare almeno in parte gli effettivi che oggi contano 17 000 posti. Ricordiamo che la Francia confina con la Gran Bretagna e che la dogana francese collabora alla lotta al terrorismo.

Le battaglie più importanti sono tuttavvia state condotte per contrastare una situazione creata dallo Stato senza che ve ne fosse necessità alcuna. Nel 2018 lo Stato ha infatti deciso di trasferire i compiti fiscali dell'amministrazione doganale al ministero delle finanze adducendo che imposte, tributi e finanze rientrano sotto lo stesso cappello e che questa mossa permetterebbe importanti risparmi (di personale). Nel contempo ha annunciato la soppressione di 700 impieghi (stato 2022) in un primo tempo e di altri 3000 negli anni a venire.

«Questo trasferimento di compiti è assolutamente incomprensibile prima di tutto perché la dogana svolge i controlli e riscuote i tributi in modo



Subito dopo lo sciopero del 2022 Manuela Donà (terza da destra) incontra il ministro nel suo gabinetto in nome dei sindacati.

molto efficace», afferma Donà. «Il pretesto dei risparmi nell'interesse della popolazione è assurdo». Lo Stato ha semplicemente deciso di rinunciare a determinati controlli ma questa scelta implica la perdita di diversi miliardi di euro ogni anno.

Grande mobilitazione

L'aspetto che ha irritato di più è l'assenza totale di un piano sociale per attenuare gli effetti della soppressione di impieghi. Notabene: una perdita di posti di lavoro senza scopo e senza senso, come hanno sottolineato i sindacati. Tutti i negoziati tra sindacati e Stato sembravano destinati al fallimento. L'apice delle proteste è stato raggiunto con lo sciopero del 10 marzo 2022.

«È stata la più grande mobilitazione del personale doganale da tempo e finalmente, il giorno stesso, il ministero delle finanze ci ha comunicato che si sarebbe impegnato per una conclusione positiva dei negoziati. I ministri francesi temono le proteste di piazza dei doganieri».

Da questo punto di vista, lo sciopero ha segnato davvero una svolta. Donà ricorda: «Il ministro ci ha sottoposto alcune proposte e su questa base abbiamo portato a termine i negoziati con la nostra direzione generale. Ci sono stati dei progressi ma sulla questione del trasferimento dei compiti fiscali restiamo irremovibili. Davanti alla nostra determinazione lo Stato sta facendo almeno in parte marcia indietro».

Tassa sul petrolio: misure che nessuno vuole

Donà cita l'esempio della tassa sull'energia. Per risparmiare, lo Stato voleva sopprimere tutti i posti del personale doganale che lavorava direttamente nelle raffinerie e riscuoteva le tasse sulle importazioni di petrolio e di gas in stretta collaborazione con le aziende. «Una decisione priva di qualsiasi senso. Abbiamo contattato le società petrolifere con le quali non abbiamo sempre intrattenuto rapporti idilliaci ma questa volta ci hanno dato il loro pieno appoggio. Anche per loro era importante che questo compito restasse alla dogana, presente sul posto H24», spiega Donà. «Perfino le regioni si sono mobilitate in nostro favore: visto che le entrate fiscali venivano ripartite tra Stato e regioni, temevano massicce perdite».

Davanti a questi argomenti, lo Stato è ancora debitore di una risposta alla domanda sul perché sarebbe redditizio trasferire i compiti doganali al dipartimento delle finanze. Donà rileva: «La riorganizzazione non è razionale e non porta a nulla. Secondo me, i decisori qui commettono un errore. Se non possono giustificare la misura, è probabilmente proprio perché non è giustificabile».

A cosa serve la dogana?

Il problema di fondo della dogana francese è diventato esistenziale: «Nel 2019 abbiamo dovuto iniziare a spiegare il ruolo dei doganieri, i loro compiti e il loro mandato». Davanti alla soppressione delle frontiere economiche, a parte quella con la Svizzera, la gente non capiva perché fosse ancora necessario avere dei doganieri. «In Francia i funzionari vengono spesso messi in croce. Ci viene rimproverato di costare troppo allo Stato e ci viene fatto capire che dobbiamo accettare qualsiasi cambiamento senza discutere. In buona sostanza dobbiamo semplicemente essere contenti di avere un lavoro sicuro».

I sindacati si sono quindi resi conto in fretta che per ottenere qualcosa dovevano informare. Bisogna mostrare cifre e fatti a tutti, anche ai parlamentari. Come in Svizzera, anche in Francia sono pochi quelli che sanno come funziona la dogana. Spesso anche quelli che provengono dalle regioni di confine

direttamente interessate non ne sanno granché.

Un piano in tre punti: coalizzare, sensibilizzare, comunicare

In un Paese come la Francia, in cui il panorama sindacale è estremamente frazionato, diventa difficile fare fronte comune. Il sindacato CGT con il suo secolo di storia, ad esempio, è un'organizzazione mantello composta da 32 sezioni in rappresentanza di diversi settori ma è solo uno di sette sindacati doganali, tra l'altro estremamente diversi tra loro. Rappresenta il 7 per cento del personale doganale, una cifra apparentemente insignificante che però equivale a un terzo dei doganieri organizzati sindacalmente. Non bisogna dimenticare che solo il 20% del personale doganale ha aderito a uno dei sette sindacati. Donà si è quindi fatta carico di un compito importante e lo ha portato avanti con estrema determinazione: elaborare un catalogo congiunto di rivendicazioni per trovare un'unità a livello di comunicazione oltre che di intenzioni. Questo è stato anche il primo passo della campagna di sensibilizzazione: cercare l'intesa con altri sindacati per creare i cosiddetti «intersyndicales». «Hanno aderito tutti, dall'inizio alla fine». Nella seconda fase si trattava di sensibilizzare le due Camere del Parlamento e attirare la loro attenzione sulle gravi lacune della ristrutturazione prevista. La terza fase avrebbe infine riguardato il coordinamento delle misure e delle azioni di comunicazione, tra cui la pubblicazione di volantini informativi sul ruolo e lo scopo della dogana.

I sindacati hanno potuto scrivere a tutti i dipendenti

I sindacati hanno inoltre avuto una possibilità che al momento è preclusa a Garanto: «Abbiamo sottoscritto una carta con l'amministrazione che ci permette di utilizzare le mailing list per contattare tutti i dipendenti. Funziona molto bene, a prescindere dalla loro appartenenza a un sindacato».

I sindacati hanno elaborato una strategia di comunicazione per raggiungere in modo mirato e con approcci diversi tutti i gruppi target. Donà ne riassume brevemente i contenuti: «Abbiamo comunicato tutto ciò che facciamo. Ogni

volta che abbiamo scritto a un parlamentare, a un funzionario o all'amministrazione, abbiamo colto l'occasione per ottimizzare il catalogo delle rivendicazioni per il sostegno sociale. Dopo ogni iniziativa o riunione abbiamo sistematicamente inviato informazioni e documenti a tutti i dipendenti».

Ogni dipendente statale ha a disposizione un'ora pagata al mese o tre per trimestre per attività sindacali. «Abbiamo usato questo tempo per fornire informazioni. Rispetto alle mail questi eventi hanno il vantaggio di permettere uno scambio diretto. L'attenzione è maggiore. Veniamo ascoltati e facciamo passare il nostro messaggio. Nello specifico, presentiamo il catalogo delle rivendicazioni. I dipendenti apprezzano questi momenti. Tra l'altro l'assemblea generale del sindacato è aperta a tutti».

I sindacati hanno coinvolto politica e economia

Gli stravolgimenti imposti dallo Stato non avrebbero avuto ripercussioni solo sulle entrate. Comportavano un indebolimento dei controlli che non piaceva a parti dell'economia. «La nostra politica a tutela dell'economia ha convinto un parlamentare a garantirci un'importante appoggio». Anche sul piano politico non manca l'interesse per una protezione sociale e ecologica: «La dogana ha un ruolo importante in questo senso e può evitare che una merce che arriva dall'altro capo del mondo sia trattata come una prodotta in Francia», spiega Donà. «Lavoro a stretto contatto con imprenditori che non vogliono delocalizzare la loro produzione», rileva Donà. «Anche se qui la dogana non ha molto da dire, questa collaborazione permette di individuare le esigenze dell'economia da discutere sul piano politico. In ogni caso, non è ammissibile che, per un po' di populismo, un governo prenda decisioni che non convengono a nessuno».

La digitalizzazione, un valido aiuto per la dogana tedesca

In Germania un partenariato efficace tra Stato e sindacati ha permesso di realizzare una riforma senza difficoltà.

Straordinario. Una digitalizzazione applicata con criterio ha raccolto i favori del personale doganale. Inoltre, lo Stato è stato capace di correggere in corso d'opera le decisioni controproducenti per i dipendenti. Questa capacità ha avuto riscontri positivi anche per il datore di lavoro.

Testo: Riccardo Turla, redattore

La Germania si contraddistingue in particolare per due caratteristiche: lo Stato prende molto sul serio le osservazioni dei sindacati e la digitalizzazione avanza al meglio.

Il sindacato BDZ, dal canto suo, si profila per le grandi capacità di mediatore che facilitano il raggiungimento di compromessi con lo Stato. Facendo leva sugli interessi dei singoli, ottiene spesso adeguamenti che in ultima istanza vanno a vantaggio di tutti.

Lo Stato prende il personale sul serio

Quando lo Stato ha deciso di centralizzare in una nuova direzione generale delle dogane con sede a Colonia/Bonn le cinque Bundesfinanzdirektionen con i loro 7800 dipendenti entro il 2016, il BDZ non è certo stato a guardare. Sotto la pressione sindacale lo Stato ha corretto il tiro e ha creato nove direzioni invece di una direzione generale. Un'inversione di rotta che ha visto solo vincitori: i funzionari non hanno dovuto traslocare né cercarsi un nuovo impiego e, grazie alla variante più moderata, la direzione generale ha potuto essere pienamente operativa fin dal primo giorno. «Il nostro sindacato si concentra proprio su questi aspetti. Fortunatamente l'amministrazione non ha fatto orecchie da mercante. Del resto, le serve un perso-



Wolfgang Kailer all'assemblea dei delegati di Garanto Wolfgang Kailer all'assemblea dei delegati di Garanto

nale molto motivato», sottolinea il rappresentante del BDZ Wolfgang Kailer. In ogni caso, la ristrutturazione della dogana tedesca è stata massiccia. «Il numero degli uffici doganali principali è passato da 120 a 41 con l'estensione a est dell'UE. «Siamo comunque riusciti a rendere i tagli socialmente sostenibili grazie a un catalogo di misure», afferma Kailer. «Ci siamo ad esempio battuti affinché ai padri di famiglia venisse data maggiore attenzione rispetto ai nuovi

assunti. A parte qualche rara eccezione, ora tutti i dipendenti lavorano dove volevano». Non si può nascondere che anche la naturale fluttuazione del personale abbia giocato un certo ruolo. Alcuni collaboratori, ad esempio, hanno dovuto trasferirsi solo temporaneamente prima di poter tornare a svolgere la loro funzione nel precedente luogo di lavoro. «Abbiamo detto all'amministrazione di prendersi il tempo di parlare con il personale per capire quali fossero le misure più opportune da adottare. Per il ministero era quindi importante applicare le leggi con una finestra temporale di 1-2 anni e procedere nel rispetto del piano sociale. Questo concedeva tra l'altro agli uffici di servizio un certo margine di manovra. Come detto, il tempo ha permesso di risolvere molti problemi nel migliore dei modi».

A titolo di esempio possiamo citare l'apertura delle frontiere con la Polonia e la Cechia che nel 2004 ha comportato la soppressione di oltre 1000 posti di lavoro. «Grazie alle misure di compensazione siamo riusciti a trovare una soluzione per quasi 1000 dipendenti. A volte abbiamo offerto la stessa attività a centinaia di chilometri di distanza, altre una nuova attività nello stesso luogo di servizio».

Lo Stato si è dimostrato accondiscendente in particolare nei confronti dei dipendenti di lungo corso, sebbene non fosse scontato. «Il personale lo ha apprezzato molto», osserva Kailer. Questo atteggiamento non rispecchiava solo le intenzioni del BDZ ma anche quelle dell'amministrazione: «Chi svolge un'attività contro voglia o in luogo che non ama, non lavora con motivazione. Anzi, continuerà a lamentarsi. Chi invece si identifica con il proprio lavoro, diventa un elemento prezioso che pensa oltre il proprio giardino».

ATLAS aiuta la dogana

La dogana tedesca sta inoltre vivendo un processo di digitalizzazione che le consente importanti risparmi di tempo. Le analisi dei rischi vengono ora svolte da ATLAS (Automatisiertes Tarif- und Zollabwicklungs-System), un pacchetto di software basato sull'intelligenza artificiale e in grado di individuare gli invii di merci che non devono essere control-

Anche in Austria lo Stato è accondiscendente

lati. «Non si potrebbe fare altrimenti», afferma Kailer. Nel 2020 la Germania ha evaso 79,8 milioni di dichiarazioni all'importazione e 165 milioni all'esportazione.

A queste si sono aggiunti altri 100 milioni a seguito della soppressione dell'esenzione dall'IVA per le merci sotto i 22 euro. Il Parlamento ha concesso alla dogana solo 50 posti di lavoro in più invece del migliaio proposto. Senza «ATLAS-IMPOST» la dogana non sarebbe stata in grado di far fronte a questi importanti volumi di lavoro.

La digitalizzazione ha inoltre migliorato la conciliabilità tra lavoro e famiglia. La pandemia ha accelerato il processo permettendo di fatto il telelavoro che consente tra l'altro allo Stato di risparmiare sugli uffici.

Meno possibilità di carriera ma buona qualità di vita

La dogana tedesca ha dovuto ridurre massicciamente il proprio personale. Una carriera doganale non è molto interessante tanto più che le possibilità di evolvere sono limitate e gli stipendi sono inferiori a quelli corrisposti dalla polizia. Una situazione che lo Stato cerca di compensare come può.

Un buon esempio in questo senso è la generosità dimostrata dall'amministrazione nei confronti di chi ha preferito passare al controllo delle merci invece che lavorare per le unità mobili che prevedono orari di lavoro 24/7. Una generosità per nulla scontata ma molto apprezzata dal personale.

L'immagine di un sindacato serio

Tutti questi compromessi non sono stati raggiunti perché lo Stato si sentiva in colpa nei confronti del personale doganale per le condizioni di lavoro poco attrattive che offriva ma piuttosto perché il BDZ è considerato un partner affidabile e un valido consigliere e come tale viene coinvolto in tutte le decisioni. «Il BDZ è un sindacato serio che vanta ottime conoscenze. Sappiamo spiegare le decisioni e spesso ci ritroviamo dalla parte dell'amministrazione», spiega Kailer. «Ci focalizziamo sempre su un compromesso negoziato correttamente al fine di garantire ai nostri soci condizioni migliori».

Nel 2004 l'Austria ha sciolto il proprio Corpo delle guardie di confine. Per far fronte alla riforma, lo Stato e il sindacato hanno adottato una strategia che puntava sulla libera scelta e sul coinvolgimento del personale.

Testo: Riccardo Turla, redattore

Nel 2004, a seguito dell'estensione a est dell'UE, l'Austria ha abolito i controlli lungo quasi tutti i suoi confini nazionali. Unica eccezione i pochi chilometri al confine con la Svizzera e il Liechtenstein e gli aeroporti. Davanti all'evidenza che le guardie di confine non avevano più ragion d'essere, la politica ha deciso di sciogliere il corpo per integrarlo nell'amministrazione doganale. «È stata una vera bomba», ricorda Mannsberger.

L'asso nella manica, la libera scelta

L'Austria è riuscita a trasbordare piuttosto bene una parte delle guardie di confine nel ministero degli interni. Dopo la soppressione dei confini orientali, molti dei circa 2200 membri del corpo (exekutiver Wachekorper) sono passati volontariamente alla polizia, subordinata al ministero degli interni. Una parte è invece rimasta all'amministrazione doganale che fa parte del ministero delle finanze. «Dal punto di vista sindacale, abbiamo sostenuto e rappresentato al meglio il corpo. Quando la polizia con il suo forte sindacato otteneva un buon risultato, ne beneficiava anche il personale doganale», osserva Friedrich Mannsberger, presidente del gruppo professionale dogana del sindacato austriaco Finanzgewerkschaft, evidenziando le sinergie tra i due sindacati.

I dipendenti che sono stati trasferiti hanno inoltre ottenuto una garanzia salariale di tre anni sulla base di una disposizione inserita specificatamente per le guardie di confine nella legge sui salari, meglio nota come «Parkdeck-Regelung».

«Questo non basta certo a far felice un dipendente che si identifica con il proprio lavoro. Arriva una stupida riforma e ciao. Come si fa a essere felici? Noi

rappresentanti del personale abbiamo cercato di provvedere affinché l'amministrazione coinvolgesse, informasse e accompagnasse al meglio il personale. Oltre alle disposizioni legali abbiamo proposto, laddove necessario, delle varianti di natura sociale», prosegue Mannsberger.

La fase transitoria dopo il 2004 ha permesso di adottare i giusti correttivi. Nei primi anni è stato possibile risolvere la maggior parte dei problemi soprattutto grazie ai negoziati bilaterali tra lo Stato e il sindacato. Le soluzioni sono arrivate da sole. Nel frattempo sono stati creati anche nuovi posti di lavoro interessanti per le guardie di confine che hanno dovuto trasferirsi e i dipendenti più scontenti hanno trovato piuttosto in fretta una funzione adeguata in un luogo di loro gradimento.

Partenariato sociale e consenso

Gli anni della transizione sono stati estremamente intensi per il sindacato. «Ovviamente, a volte, abbiamo dovuto usare le maniere forti per far capire alla controparte che determinate cose non ci andavano bene», ammette Mannsberger. Sottolinea tuttavia che in ogni caso la via del partenariato sociale è sempre stata la via migliore. «Se il sindacato riesce ad avviare un dialogo su base paritaria, riesce anche ad andare più lontano. Se invece scende solo in piazza, è molto più difficile. Per far funzionare una riforma, lo Stato deve guadagnarsi i favori del personale. Il sostegno del personale è imprescindibile».

Il gruppo di lavoro Hofmann va incontro a Garanto

Il comitato centrale ha discusso in particolare le disposizioni transitorie

Testo: Riccardo Turla, redattore



© Foto: Riccardo Turla

La seduta del comitato centrale del 4 maggio è stata l'ultima per Roland Rööslì (a sinistra davanti)

Durante la seduta online del 24 marzo, il comitato centrale ha discusso la questione dell'incertezza del diritto per quanto riguarda la posizione degli specialisti doganali con formazione di tiro Allegra impiegati nei team misti. A marzo il gruppo di lavoro Hofmann ha contattato Garanto dopo aver preso atto delle perplessità espresse da quest'ultimo a suo tempo in merito alle regole 360°. Durante un'accesa discussione, il comitato centrale ha approvato la variante secondo cui Garanto accetterà gli adeguamenti dell'ordinanza solo se potrà partecipare attivamente alla trasformazione, ossia se verrà consultato per tutte le questioni rilevanti per il personale e se l'istruzione di tiro verrà migliorata.

Il comitato centrale ha discusso le disposizioni transitorie anche durante la seconda seduta svoltasi alla vigilia

dell'AD. Nel frattempo Garanto ha seguito da vicino la revisione dell'ordinanza sulle dogane e ha fatto valere le proprie obiezioni, prima fra tutte la natura transitoria delle disposizioni in oggetto. Se la legge sulle dogane dovesse essere respinta, anche questa revisione risulterà priva d'oggetto.

Approvate le nuove linee guida

Il comitato centrale ha inoltre eletto nella Cassa di previdenza Iwan Wüthrich e Rafael Leu. Il comitato centrale ha approvato le nuove linee guida di Garanto che riassumono i valori fondamentali del sindacato. Verranno pubblicate ufficialmente in un secondo tempo, probabilmente insieme alla nuova strategia per il reclutamento di personale. Infine, una voce nel conto annuale ha fatto discutere: gli investimenti bancari di Garanto hanno registrato una perdita.

Sciopero femminista: Più opportunità per le donne all'UDSC

Garanto condivide le rivendicazioni dello sciopero femminista del 14 giugno 2023. In particolare intende dimostrare solidarietà a tutte le donne in Svizzera e cogliere l'occasione per sensibilizzare sul tema delle pari opportunità in seno all'UDSC. La parità tra donne e uomini non è ancora garantita, soprattutto nel caso delle madri. Un gruppo di lavoro interno ha elaborato una serie di misure/proposte all'attenzione della direzione dell'UDSC.

Conferenze regionali

Desideriamo discutere la proposta su vasta scala e, dato il caso, integrarla organizzando tre conferenze regionali via zoom che si svolgeranno:

- il 30 maggio in tedesco
- il 31 maggio in francese
- il 1° giugno in italiano

Lo scopo è elaborare un catalogo di misure e di richieste che goda di vasta accettazione e di approvarlo ufficialmente il 14 giugno durante una seduta via zoom. Il catalogo verrà poi consegnato alla direzione dell'UDSC. Maggiori informazioni e le credenziali di accesso verranno comunicate con una newsletter.

Rina Cano, specialista doganale e membro di comitato della sezione Berna; Carmen Pfister, specialista doganale e membro della commissione femminista USS; Debora Caminada, segretariato centrale; Heidi Rebsamen, segretaria centrale

«Traiamone il meglio»

Da oltre trent'anni Gaby Mürger fa parte del Corpo delle guardie di confine. È stata una delle prime donne a scegliere questa professione. Da 15 anni fa parte anche del comitato della sezione Svizzera nord-occidentale.

Intervista: Riccardo Turla

Gaby, da quanto tempo fai parte del sindacato?

Da subito. Dal 1990. Dopo l'assunzione ti davano un modulo e ti dicevano: «Firma qui!» (ride)

Poi però ti sei impegnata anche a livello sezionale. Sei membro di comitato.

Mi è stato chiesto visto che ero l'unica donna del Corpo... Capita! (ride) Dal 2007 mi occupo delle mutazioni.

Sei stata la prima donna guardia di confine nell'ex AFD?

Non proprio. Era il tempo delle prime classi di sole donne. Una era la classe A, l'altra la B. La mia. Era il 1989. Io facevo parte della seconda. Erano due classi di una ventina di donne. Siamo però state le prime ad arrivare a Riehen, il mio primo posto. È stato molto interessante. Noi donne abbiamo capito di aver conquistato un bastione maschile. Abbiamo spianato la strada alle altre. Alcuni uomini avevano un po' la sensazione del: «Tremate, tremate, le streghe son tornate» (ride). Ma sono stata accettata benissimo.



© Foto: Riccardo Turla

Gaby Mürger

Caporale Gaby Mürger, originaria di Winterthur, ha deciso di diventare guardia di confine dopo un anno di scambio negli Stati Uniti. In un primo tempo avrebbe dovuto andare a lavorare a Sciaffusa ma poi, al termine della formazione, è arrivata a Riehen. Ha lavorato al posto mobile di Burg, poi a Bienne-Benken, Leimental, Arlesheim, e all'aeroporto di Basilea, dove lavora tuttora. Ha due cavalli ed è attiva al circolo ippico. Gaby vive sull'altopiano di Känerkinden, nel Baselpiet.

Ti hanno messo i bastoni tra le ruote?

Non ho mai avuto problemi. Del resto, sono sempre stata capace di adeguarmi alle situazioni. All'inizio era anche divertente: ad esempio le donne non sapevano esattamente se dovevano indossare la cravatta o il foulard. Noi eravamo in due e indossavamo volentieri la cravatta. Ci sembrava stupido indossare un'uniforme diversa. Non volevamo e non ci serviva una soluzione su misura per noi.

Come hanno accolto i tuoi familiari e i tuoi amici la decisione di diventare guardia di confine?

Molto bene. Mio padre mi ha addirittura incoraggiata.

Le pari opportunità sono un tema in seno al Cgcf o all'UDSC?

Non è motivo di discussione. Nel corso degli anni è diventato un'ovvietà. Secondo me conta soprattutto essere trattati in modo paritario: lo stesso lavoro degli uomini, lo stesso trattamento. Non penso che ci siano problemi.

Qual è stato finora il periodo più interessante professionalmente per te?

Il periodo passato all'unità mobile. È stato davvero molto interessante. Soprattutto nei primi anni: non ci si annoiava mai. C'era sempre qualche novità.

E il periodo più interessante dal punto di vista sindacale?

In passato tutti partecipavano alle attività del sindacato. Era facile trovare persone interessate. Era logico aderire. Mi piacevano quei tempi. Alle assemblee generali partecipavano oltre un centinaio di soci.

Cosa ti piace particolarmente?

La collaborazione con i colleghi. Non ci si annoia mai. Capita sempre qualcosa. Devi essere flessibile e pronto ad affrontare le novità. Ogni caso è un caso a sé. La professione è davvero interessante.

Come vedi il futuro dell'UDSC?

Spero che non cambi. Che rimanga interessante. La digitalizzazione va un passo oltre ma rimango ottimista. Ogni trasformazione porta vantaggi e svantaggi. Dobbiamo passarci attraverso e trarne il meglio.

Riforma LPP: firmate subito!

Una vasta alleanza di sinistra ha lanciato il referendum contro la riforma LPP

La riforma delle casse pensioni voluta dal Parlamento comporta una diminuzione delle rendite che può arrivare fino a 3240 franchi l'anno. Eppure, le rendite versate dalle casse pensioni segnano da anni una drammatica erosione.

Con la LPP 21 sono soprattutto le lavoratrici e i lavoratori con salari medio-bassi a dover pagare di più per ricevere di meno. E le donne, che lo scorso inverno hanno dovuto ingoiare il rospo dell'aumento dell'età di pensionamento, sono nuovamente chiamate alla cassa: buona parte di loro si ritroverà infatti con una rendita peggiore invece che migliore.

Per questi motivi una vasta alleanza di sinistra ha avviato oggi la raccolta delle firme contro la riforma delle casse pensioni. **Al giornale è allegato il modulo. Firmate subito!**

L'anno prossimo si voterà sulla 13^a AVS

L'anno prossimo popolo e Cantoni saranno chiamati ad esprimersi sull'iniziativa popolare per la 13^a AVS. L'appun-

LE PAROLE DELLA PRESIDENTE

Previsione di vecchiaia per tutti: la revisione della LPP è un fallimento

La riforma del secondo pilastro (LPP) perseguiva tre obiettivi molto chiari: garantire le rendite, assicurarne il finanziamento e migliorare le rendite delle casse pensioni per le donne. Del compromesso raggiunto con i partner sociali e delle promesse fatte nell'ambito di AVS 21 non è rimasto granché. La riforma approvata oggi comporta un'erosione delle rendite per i salari medi e grandi deduzio-

ni senza miglioramenti effettivi per i salari bassi. La compensazione per la generazione di transizione è insufficiente. A ciò si aggiunge il fatto che manca qualsiasi disponibilità a ridurre i costi amministrativi, che sono in pratica i soldi degli assicurati. Sebbene abbia anche aspetti positivi, questa riforma non basta. Per questo motivo appoggio il referendum che abbiamo lanciato contro questa riforma sbagliata.

Sarah Wyss, presidente

tamento con le urne è stato spostato al 2024 a causa delle elezioni previste in autunno.

Davanti all'evidenza che per il 90 per cento della popolazione attiva, vale la pena rafforzare l'AVS, l'USS porterà avanti un'intensa campagna. L'AVS è l'unica assicurazione alla quale tutti con-

tribuiscono e della quale tutti beneficiano direttamente, soprattutto le donne. Nel secondo pilastro non ci sono invece protezioni contro l'inflazione né garanzie di rendita per i contributi versati.

uss

Bernd Talg confermato nell'organo paritetico di PUBLICA

In occasione dell'assemblea dei delegati di PUBLICA, Bernd Talg è stato eletto per altri quattro anni in seno all'organo paritetico della cassa di previdenza. «Ringrazio tutti per questa attestazione di fiducia. Continuerò a impegnarmi in difesa degli interessi delle collaboratrici e dei collaboratori attivi e pensionati dell'UDSC. Purtroppo, negli ultimi anni è stato difficile. La politica preferisce infatti destinare il denaro, di fatto disponibile, ad altri scopi invece che utilizzarlo ad esempio per compensare il rincaro». L'organo paritetico è l'organo direttivo di PUBLICA ed è composto da dodici membri, sei in rappresentanza del personale e sei del datore di lavoro.



© Immagine d'archivio

Riccardo Turla

La CET entra nel merito della legge sulle dogane

Negli ultimi mesi la LE-UDSC ha superato gli scogli maggiori. Lo scorso 10 marzo il gruppo di lavoro Hofmann ha appianato le divergenze riguardanti la protezione dei dati e le competenze dei Cantoni. In particolare è stata risolta la questione della ripartizione delle competenze tra Confederazione e Cantoni conformemente alla Costituzione.

La Commissione dell'economia e dei tributi del Consiglio nazionale (CET-N) ha bocciato con 11 voti a favore, 9 contrari e 4 astensioni la proposta di rinviare al Consiglio federale la revisione totale della legge sulle dogane (22.058). La CET-N discuterà il progetto nel dettaglio durante la seduta del 22/23 maggio 2023 sulla base tra l'altro del rapporto della Commissione della politica di sicurezza (CPS). Si prevede che il Consiglio nazionale discuterà ancora quest'anno la legge. Poi la palla passerà dapprima alle commissioni del Consiglio degli Stati e infine al Consiglio degli Stati.

La rendita transitoria in caso di pensionamento anticipato

Inquirenti doganali e guardie di confine ne hanno diritto in caso di pensionamento anticipato

Testo: Heidi Rebsamen, segretaria centrale

Dal 1° gennaio 2018 la Confederazione non è più tenuta a corrispondere rendite transitorie per effetto di un decreto approvato dal Parlamento a fine 2016 che modifica l'art. 88f OPers. Secondo lo stesso decreto, il datore di lavoro partecipa al finanziamento della rendita transitoria versata a partire dal 62esimo anno di età a chi svolge funzioni con un elevato carico fisico o psichico. Nel caso dell'UDSC, rientrano in questa categoria solo gli inquirenti doganali. I dipendenti federali possono beneficiare del pensionamento anticipato a spese proprie a partire dal 63esimo anno di età.

Pensionamento anticipato involontario

Il pensionamento anticipato a seguito di una riorganizzazione è disciplinato dagli art. 105a, 105b e 106a OPers e sulla base di un piano sociale. La Confederazione può partecipare al finanziamento di una rendita transitoria per le persone che hanno compiuto 60 anni di età. Può entrare in linea di conto anche un'indennità di buonuscita conformemente al punto 15 del piano sociale della Confederazione. L'ammontare della rendita transitoria può essere negoziato con un certo margine discrezionale.

Guardie di confine

Il pensionamento e la rendita transitoria sono regolamentati dall'OPPCPers. Dal 1° maggio 2019 l'età di pensionamento è fissata a 64/65 anni. La revisione per le guardie di confine attualmente in servizio è diventata effettiva il 1° gennaio 2020. Per tutte le guardie d'età inferiore a 50 anni o con meno di 23 anni di servizio trova applicazione l'art. 88f OPers. In futuro le guardie di confine potranno decidere se e quando andare in pensione anticipatamente. I contributi supplementari della Confederazione al capitale di previdenza assicurano lo spazio di manovra finanziario per andare in pensione a partire da 62 anni.

Le guardie di confine che al 1° gennaio 2020 soddisfacevano i requisiti citati sopra, sono obbligate ad andare in pensione a 60 anni e percepiscono una rendita transitoria piena fino al raggiungimento dell'età di pensionamento ordinaria.

Si può quindi distinguere tra guardie di confine che beneficiano delle disposizioni transitorie e guardie che non beneficiano di tali disposizioni. Con l'entrata in vigore della nuova legge sulle dogane si dovrà adeguare anche l'OPPCPers.

COME SI FA

Perché non mi è concessa la compensazione del rincaro sulla rendita transitoria?

La guardia di confine H.C. è andata in pensione anticipatamente nel 2022: «Il Consiglio federale ha aumentato la rendita AVS del 2,5 per cento con effetto dal 1° gennaio 2023. A rigor di logica, lo stesso dovrebbe valere per la rendita transitoria. Di fatto, sono anche io un pensionato AVS e il rincaro non mi fa sconti».

Funziona così

A partire dal primo giorno di pensionamento anticipato, le persone che percepiscono una rendita transitoria non sono più dipendenti della Confederazione. PUBBLICA corrisponde loro la rendita di vecchiaia e la rendita transitoria. Il giorno in cui il pensionamento anticipato diventa effettivo, la Confederazione quale datore di lavoro versa a PUBBLICA l'intero importo della rendita transitoria. Al momento del versamento non è possibile prevedere l'evoluzione del rincaro. La Confederazione fa valere che la rendita transitoria non va considerata una rendita AVS bensì una prestazione particolare del datore di lavoro. Da parte nostra, non riteniamo giusto che la rendita transitoria non venga adeguata, soprattutto se il rincaro raggiunge il 2-3 per cento l'anno come attualmente. La presidente centrale Sarah Wyss depositerà un intervento in tal senso al Consiglio nazionale.



© Bild: Riccardo Turla

Jan Brodmann ist der designierte Präsident der neuen Sektion reNo

GRÜNDUNGSVERSAMMLUNG

Einladung zur Gründungsversammlung 2023 der Sektion reNo

Freitag, 30. Juni, im Restaurant «Zum Goldenen Kopf», Marktgasse 9, 8180 Bülach. Türöffnung um 18:00 Uhr mit Apéro.

Das Tagesbüro der Gründungsversammlung lädt **alle Mitglieder der garaNto-Sektionen Schaffhausen und Zürich** zur Gründungsversammlung der garaNto-Sektion reNo ein.

Nach dem Apéro beginnt um 19:00 Uhr die Gründungsversammlung. Ist das Traktandum 4, mindestens aber die Abnahme der Statuten im Traktandum 4 abgehandelt, wird die Gründungsversammlung unterbrochen für ein kaltes Plättli zur Würdigung der Sektionsgründung reNo.

An der Gründungsversammlung nehmen als Gäste Sarah Wyss, garaNto-Präsidentin, Heidi Rebsamen, garaNto-Geschäftsstelle und Riccardo Turla, Redaktor garaNto-Magazin teil.

Die Versammlung beinhaltet folgende Traktandenliste:

1. Wahl der Stimmzähler
2. Traktandenliste
3. Kassawesen Sektionen Schaffhausen und Zürich
4. Statuten, Reglemente und Richtlinien
5. Protokolle der letzten Versammlung der Vorgängersektionen
6. Jahresrechnungen der Vorgängersektionen
7. Budget des laufenden Jahres
8. Festsetzung der Beiträge
9. Wahlen
 - 9.1 Präsidentschaft
 - 9.2 Vorstandsmitglieder
 - 9.3 Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission
10. Weitere Geschäfte und Anträge

Anmeldungen für die Teilnahme an der Gründungsversammlung, bzw. Abmeldungen können bereits jetzt, spätestens jedoch bis zum Freitag, 16. Juni 2023 eingereicht werden.

Anmeldungen per Mail an:
janmarcel.brodmann@bazg.admin.ch
 Anmeldungen per Telefon an:
 079 532 54 75

LESERBRIEF

Teuerungsausgleich Bundespersonal 2023

Das Ergebnis der diesjährigen Lohnverhandlung für das Bundespersonal für das Jahr 2023, ist mit «2,5 Prozent Teuerung» aus Sicht der Arbeitnehmer noch halbwegs akzeptierbar, wenn auch unbefriedigend!

Die sogenannte «Expertengruppe Konjunkturprognosen Bund» geht für 2023 allerdings von einer Jahresteuierung von «3,0 Prozent» aus.

Die fadenscheinigen Argumente von BR Maurer betreffend Nichtgewährung des vollen Teuerungsausgleichs, wie «dass der Finanzplan 2024 bis 2026 erheblichen Bereinigungsbedarf aufweist» und «dass die wirtschaftliche Lage zwar gut sei, jedoch mit Unsicherheiten behaftet» sind an Lächerlichkeit kaum zu überbieten – seit Jahren der gleiche Tenor aus dem Bundeshaus.

Es stellt zudem für mich ein Affront dar, deutlicher kann man die Geringschätzung gegenüber dem Bundespersonal kaum zum Ausdruck bringen!

Bundesrat und Parlament haben die Gelegenheit erneut verpasst, ein deutliches Signal auszusenden und damit ihre Wertschätzung gegenüber dem Bundespersonal zu bekunden.

Peter Burgener, ZS Rheinfelden-Autobahn

KUMMERBOX**Zeitguschrift beim Besuch von Kursen und Ausbildungen**

Im D52, Ziffer 5.3.4 steht folgendes: Beim Besuch von eintägigen Kursen und Ausbildungen kann die effektive Arbeitszeit (allfällige Arbeitszeit am Arbeitsplatz, Kurszeit abzüglich Mittagspause, Reisezeit) als Arbeitszeit angerechnet werden (keine Tagessollbeschränkung). Dauert der Kurs oder die Ausbildung länger als einen Tag, wird die Arbeitszeit an den Reisetagen (erster und letzter Kurstag resp. bei mehrwöchigen Kursen an den Wochenenden) gemäss vorstehendem Absatz berechnet. An den dazwischen liegenden Tagen zählt die Sollarbeitszeit gemäss Arbeitszeitmodell bzw. für Teilzeitbeschäftigte 8,3 Stunden. Ausnahme: für andere Ausbildungen als Fachausbildungen gilt die Reisezeit nicht als Arbeitszeit

Deine Kummerbox

BOÎTE À SOUCIS**Compensation en temps accordée en cas de fréquentation de cours et de formations**

Sous D52, chiffre 5.3.4, on peut lire ce qui suit: En cas de fréquentation de cours et de formations d'une journée, le temps de travail effectif (éventuel temps de travail au poste de travail, heures de cours moins le temps requis pour la pause de midi, heures de voyage) peut être compté comme temps de travail (sans limitation basée sur le temps de travail quotidien réglementaire). Si le cours ou la formation dure plus d'un jour, le temps de travail



des jours de voyage (premier et dernier jour de cours ou les weekends lors de cours de plusieurs semaines) est calculé comme indiqué au paragraphe ci-dessus. Pour les jours situés dans l'intervalle, la durée réglementaire du travail prévue par le modèle d'horaire et pour les personnes occupées à temps partiel est comptée à raison de 8,3 heures. Exceptions: pour les formations non professionnelles, le temps de voyage ne compte pas comme temps de travail.

Ta boîte à soucis

LA CASSETTA DEI CRUCCI**Accrediti di tempo per corsi e formazioni**

Nel D52, cifra 5.3.4 si legge: Per l'assolvimento di corsi e formazioni di una giornata è possibile conteggiare come tempo di lavoro il tempo effettivo (eventuale tempo di lavoro sul posto di lavoro, durata del corso dedotta la pausa pranzo e il tempo di viaggio; nessuna

limitazione della durata giornaliera del lavoro convenuta). Se il corso o la formazione dura più di un giorno, il tempo di lavoro per i giorni di viaggio (primo e ultimo giorno di corso oppure fine settimana nel caso di corsi che durano più settimane) viene calcolato conformemente alle disposizioni del capoverso precedente. Nei giorni intermedi, la durata del lavoro corrisponde al modello di tempo di lavoro oppure a 8,3 ore per le persone impiegate a tempo parziale. Eccezione: per i corsi non specialistici la durata del viaggio non è calcolata come tempo di lavoro.

La tua cassetta dei crucci

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Garanto

Redaktion: Riccardo Turla

Redaktionsadresse:

Garanto, Monbijoustrasse 61, 3007 Bern
Tel. 031 379 33 66

Auflage: 2925 Ex.

(WEMF-beglaubigt, Oktober 2022)

Erscheinungsweise: Ab 2023: 4-mal.

Erscheinung/Parution/Pubblicazione 2023:

3. März / 3 mars / 3 marzo

26. Mai / 26 mai / 26 maggio

8. September / 8 septembre / 8 settembre

10. November / 10 novembre

Redaktionsschluss Nr. 3: 8. September.

Druck und Versand: Mattenbach AG

Technoramstrasse 19, 8404 Winterthur

Bild Titelseite:

Shutterstock. Bearbeitung: Mattenbach AG.

gedruckt in der
schweiz





© Riccardo Turia

Momentaufnahme aus der Delegiertenversammlung.

Instantané de l'Assemblée des délégué-e-s.

Un'immagine dall'assemblea dei delegati

AZB
CH-3007 Bern
P.P. / Journal

Post CH AG